

ROT FUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Rede von Pfarrer Dr. Dieter Frielinghaus

Die Welt braucht Cuba

Es handelt sich hier nicht darum, daß wir Fidel Castro eine Ehrung zuerkennen. Er ehrt uns, und das meine ich nicht, weil er unseren Preis annimmt, sondern weil er sein Leben eingesetzt hat und einsetzt für das Leben der Menschen und Völker. Wir möchten ihm danken. Er hat nie etwas ohne das cubanische Volk getan. Es ist mit ihm Adressat unseres Dankes. Wir haben Freunde aus diesem Volk unter uns, in Señor Martinez sogar seinen Repräsentanten in unserem Lande. Wir danken Ihnen, Herr Botschafter.

Cuba heute bietet, in Fidel Castros Worten, „ein Volk mit weniger Ungleichheiten, weniger schutzlosen Bürgern, weniger Kindern ohne Schulen, weniger Kranken ohne Hospitäler, mit mehr Lehrern und Ärzten im Verhältnis zur Einwohnerzahl als irgend ein anderes Land“, ein Volk, „das Talent, eine hohe politische Bildung, tiefe Überzeugungen und absolutes Vertrauen in seine Ideen besitzt“. Dies in einem Lande, in dem es noch bis 1886 das Institut der Sklaverei gab, das erst 1959 ernstlich unabhängig wurde nach dem todesmutigen Kampf unter Fidel Castros Kommando, und das mit dem Tage der Freiheit unter Blockade gestellt wurde und zugleich unter Angriffen, Kriegsdrohungen und feige Anschläge, nicht wenige davon mit Fidel Castro persönlich im Visier. 1990 verlor es mit einem Schlage 85 Prozent seines Außenhandels, woraufhin der Imperialismus seinen Druck verschärfte.

„Heute ist erneut ein Völkermord beabsichtigt, indem man vorhat, ein Volk durch Hunger, Krankheit und wirtschaftliche Strangulierung zu brechen, das sich weigert, sich den Diktaten und dem Imperium der stärksten wirtschaftlichen, politischen

und militärischen Macht der Geschichte zu unterwerfen“, sagte Fidel Castro im Januar dieses Jahres bei der Begrüßung des Papstes.

Leider wird den Menschen gerechtes Denken und Reden über Cuba ausgetrieben,

wo die Meinung der Herrschenden täglich die Gehirne wäscht. Wo Militärs und Politiker, die niemals eine Aggression geplant haben, der Haft und allgemeiner Ächtung verfallen, die das aber in aller Öffentlichkeit tun, das Placet der Repräsentanten der Nati-



on empfangen, während kaum der Stammtisch das Maul darüber aufreißt, da gilt Cuba selbstredend als gefährlich und demokratisch und seine Führung als diktatorisch. Wer Fairness will, findet dennoch lauter Beweise des Gegenteils. Hinzufügen muß er, daß der sich seiner Demokratie rühmende Imperialismus in vielen abhängigen Ländern demokratische Entwicklung ausdrücklich verhindert und terroristische Regimes aushält, ja selber installiert. Für Fidel Castro fängt Demokratie damit an, „allen Arbeitern eine Anstellung zu verschaffen“, und kann sie nicht sein ohne Gleichheit und Brüderlichkeit. Er hält daher die Demokratie der Industrieländer für einen „ungeheuren und gigantischen Betrug“. Die Anhäufung des Reichtums der noch herrschenden Gesellschaften wird „von der Dritten Welt“ finanziert, angefangen mit dem „Gold, das sie den alten Kolonien raubten, auf Kosten derer sie eine kapitalistische Gesellschaft errichteten, die,



Die Welt braucht Kuba	S. 1
„Neue Mitte“?	S. 3
Nachgeharkt	S. 4
* Noch einmal zu den Wahlen	
Doppelmoral als Prinzip	S. 5
* Die Außenpolitik des Herrn Josef Fischer	
Kontinuität	S. 5
* Neue alte Innenpolitik	
Scharpings Eurofighter	S. 6
Bravo, Major Bunel!	S. 6
Brief aus Kassel	S. 7
* Zum außerparlamentarischen Kampf	
Fragen an Gregor Gysi	S. 7
PDS-Minister in Schwerin	S. 8
Rollenspiel	S. 9
* Nochmal „Rot“? „Grün“?	
Arbeitslosigkeit - unüberwindbar?	S. 10
Gruß an K.-D. Baumgarten	S. 11
Wider den Unrechtsstaat	S. 12
Wer bricht und beugt das Recht	S. 13
* Der „Fall“ Keßler	
Trübe Stunden aufgehehlt	S. 14
Was ist Leninismus?	S. 15
Azorianische Abenteuer	S. 16
* Reporterskizzen (7)	
Italienische Lehren	S. 17
Bewegung im Spiel	S. 18
Infos aus der früheren UdSSR	
Am Rande bemerkt	S. 19
* Kultur, Kunst & Politik	
Mieser Typ, dieser Brecht	S. 20
„Tania la Guerrillera“	S. 21
Leserbriefe	S. 22
Infos & Anzeigen	S. 24

wie Marx sagte, im Blut entstand, das zu allen Seiten hervorsprudelte“.

Als im Januar der Papst die Erde Cubas soeben geküßt hatte, lauteten Fidels Castros erste Worte an ihn so: „Sie werden hier nicht jene friedliche und aufrichtige ursprüngliche Bevölkerung finden, die diese Erde bewohnt hat, als die ersten Europäer auf diese Insel kamen. Die Männer wurden fast alle durch die Ausbeutung und die Sklavenarbeit, der sie nicht gewachsen waren, vernichtet, die Frauen zu Lustobjekten oder Haussklaven gemacht. Die Menschen starben auch durch die mörderischen Schwerter oder wurden Opfer unbekannter, durch die Eroberer eingeschleppter Krankheiten.“ Dann gedachte der Redner der Versklavung von 70 Millionen Afrikanern, von denen viele den Platz der bereits ausgerotteten indianischen Sklaven in Cuba einnehmen mußten, und sprach mit Ehrfurcht von dem auch durch sie entstandenen heutigen cubanischen Volke.

Ich schäme mich als Christ, daß der hohe Gast samt der Hierarchie um ihn die Worte von der Leistung dieses Volkes „verbal ignorierte“, wie das ND am 27. Januar 1998 schrieb: „Wahrscheinlich hatten die Millionen Cubaner ... ein wenig mehr Verständnis und Entgegenkommen erwartet“. Genauer, ich schäme mich, wie die Kirchen überhaupt die mit ihrer Hilfe begonnene, erhaltene und noch verteidigte Unterdrückung nur flüchtig eingestehen und in der Haltung überlegener Ehrbarkeit denen, die sich befreien, ihre Ratschläge erteilen.

Ich schäme mich als der Bundesrepublik übergebener Bürger, daß das an Gütern und Profiten reiche Deutschland nicht einmal den Vertrag zwischen Cuba und der DDR über die Lieferung von Milch für Cubas Kinder erfüllt.

Ich schäme mich als nach Glück strebender Mensch, daß ich heute nicht einmal Blumen kaufen kann ohne mich mitzuvergehen an Ernährung und Gesundheit von Menschen Lateinamerikas.

Ich schäme mich als Sozialist, daß wir uns um notwendige Verbesserungen hier zu mühen vermögen, ohne stets die noch größere Ausbeutung dort mitzubedenken; daß wir alle zu wenig im Detail über die dortigen Verbrechen des Imperialismus wissen und zu wissen verlangen; und daß selbst meine zwei sozialistischen Tageszeitungen zu sparsam über diese Lebensfragen schreiben.

Was geschieht, wenn erst die, wie ich erwarte, siegreichen Völker mit dieser sogenannten Ersten Welt abrechnen, selbst wenn sie es nur nach Recht und Billigkeit tun und nicht nach der von ihnen erfahrenen Willkür fremder Konzerne, Armeen und Dienste? Ich kann nur hoffen auf Richter wie die Cubaner und Fidel Castro, der über Jose Marti, Marx, Engels und Lenin sagt: „Sie haben alle nicht den Haß gegen

Menschen gepredigt, sondern allein gegen das System. Das sind die Kriterien der Grundlagen des Klassenkampfes“. Der ursprüngliche Klassenkampf der Gegenseite kennt keinerlei Ehrfurcht vor dem Leben der Massen und trotz seiner Methodik selbst in seinen Zentren keine Vernunft. „Daß die Arbeitslosigkeit dort mit dem technischen Fortschritt steigt, ist ein Beweis für die Irrationalität des herrschenden neoliberalen Systems“.

Der Klassenkampf Cubas besteht immer auch in opferbereiter Solidarität mit vielen Völkern. Fidel Castros besonderen gegenwärtigen Beitrag dazu erkenne ich in seiner lebhaften Anwesenheit auf Konferenzen der UNO, der Nichtpaktgebundenen oder regionaler Staatengruppierungen, auch wenn sie von anderen Staats- und Regierungschefs nicht beehrt werden. Er spricht den Vertretern der Entwicklungsländer aus dem Herzen, die dies selber in ihrer Abhängigkeit z.B. von IWF und Weltbank, den „Finanzgendarmen der Interessen der USA“, nicht wagen. Er weist die vorenthaltenen Mittel für die einfachste Gerechtigkeit nach. „Wie kann es sein, daß in einer Welt, die jährlich 30 Billionen Dollar an Waren und Dienstleistungen produziert, 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut leben?“ Und: „Wie ist es möglich, daß man nach dem Ende des sogenannten kalten Krieges Tausende von Milliarden für Waffen und militärische Aktivitäten ausgibt, und daß der Waffenhandel zunimmt? Wie kann man die Menschheit derart betrügen?“

Keine ratlosen Fragen. Fidel Castro nennt jeweils sachbezogen konkrete Antworten, z.B.: Viele Länder können die notwendigen Arzneimittel nicht bezahlen, weil transnationale Konzerne den Markt für Patentrechte beherrschen und die Preise auf das Zehnfache ihrer Entwicklungskosten anheben. Und er benennt fundierte Wege, z.B. zum Abbau der ungleichen Handelsvorgaben, zum Erlaß der Schulden der armgehaltenen Länder, zur Herstellung erträglicher Lebensbedingungen, zur Vermeidung der ökologischen Katastrophe. Fidel Castro faßt diese Reden bei inhaltlicher Vielfalt und Fachgerechtigkeit in äußerster Kürze. Daß die Presse sie dennoch nicht dokumentiert, scheint mir bezeichnend. Erst recht, um einen schon erwähnten Punkt zu konkretisieren, bedauere ich, daß die Mehrheit der linken Presse es nicht tut. Ihr und ihren Benutzern könnte nächst der Belehrung das Beispiel der Gewißheit und der Solidarität aufhelfen. (...)

Ein Beispiel seiner Solidarität sei mir in diesem Zusammenhang noch gestattet. Am 16. Oktober 1989 traf Heinz Keßler nach eiligem Aufbruch von Nicaragua und nach bereits erfolgter Absage des Besuches in Cuba nur noch als Transitreisender auf dem Flughafen in Habana ein. Entgegen dem Protokoll stand der Partei- und Staats-

chef selber an der Gangway und bat um wenigstens ein kurzes Gespräch. Nach bewegtem Zuhören, ich zitiere abgekürzt aus Heinz Keßlers „Zur Sache und zur Person“: „Was immer ihr auch tun werdet, was immer ihr auch tun müßt - vergeßt eines nicht: ... Es ist Klassenkampf“.

Heute gibt es wenige Länder mit allseits entwickelten Beziehungen zu Cuba. Einige haben sich immerhin zu eingeschränkten Beziehungen ermannt. Erfreulich und doch etwas mehr als der Tropfen auf den heißen Stein sind die Bewegungen der Solidarität mit Cuba. Stellvertretend nenne ich „Cuba Si“ und die DKP und Heinz Hammer, „Netzwerk Cuba“, der schrieb: „Mit der Verteidigung der cubanischen Revolution verteidigen wir die Grundlagen für eine Zukunft der Menschheit in Freiheit, Selbstbestimmung und Würde.“ Kurz: „Indem wir Cuba helfen, helfen wir uns selbst. Noch prägnanter der Vorsitzende der strategisch-politisch und in praktischer Solidarität verdienten Gruppe „Pastors for Peace“ in den USA, Lucius Walker: „Die Welt braucht Cuba“.

Wir sind hier zum Danken. Wir sprechen daher von unserer Verpflichtung, nämlich, noch einmal mit Fidel Castros Worten, „daß die gerechte Verteilung der Reichtümer und die Solidarität zwischen den Menschen und Völkern globalisiert werden müssen“, und daß das Volk Cubas weiterhin immer sagen kann: „Venceremos!“

(Gehalten anläßlich der Verleihung des Menschenrechtspreises der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde an Fidel Castro am 23. Oktober 1998 in Berlin)

Lest und verbreitet die UZ, die Wochenzeitung der DKP

Sie

- * berichtet über Leben und Aktivitäten der Partei
- * erweitert unser Wissen zu Kämpfen und Aktionen der Gewerkschaftsbewegung
- * wirbt für gemeinsames Handeln linker Kräfte
- * vermittelt Hintergrundwissen über die alten Bundesländer
- * informiert über die Kolonialpolitik im Anschlußgebiet Ost
- * bereichert Verstand und Gefühl mit Kultur und Kunst

Zu bestellen bei

ComPress-Verlag, Hoffnungstraße 18,
45127 Essen
und bei jedem DKP-Mitglied

„Neue Mitte“?

Englands Sozialdemokrat Tony Blair definiert seine „Neue Mitte“ als „modernisierte Sozialdemokratie, die Verpflichtung zu Ehrgeiz und Unternehmertum mit Sinn für soziale Gerechtigkeit und Fairness“. Deutschlands Sozialdemokrat Gerhard Schröder hatte sich ja auch an die „Mitte“ gewandt und nennt seine „Neue Mitte“ eine „Teilhabegesellschaft“. Und Ex-Kanzler Kohl beschwor beim Abtritt seine Partei, sie möge „die Partei der Mitte“ bleiben. Eine neue Mitte haben wir indes längst. Im Mittelpunkt des kapitalistischen Systems, obman es „freie Marktwirtschaft“ oder „Neoliberalismus“ nennt, steht der Profit, das Goldene Kalb, um das sich alles dreht. Alles muß sich rechnen.

Vierzig Jahre lang allerdings gab es in Deutschland zwischen Elbe und Oder eine andere Mitte: Im Mittelpunkt stand der Mensch. Allein um ihn drehten sich Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Kultur, soziales, solidarisches Denken.

Im Mittelpunkt der „Neuen Mitte“ stehen Banken und Börse, Konzerne und Großgrundbesitz, Versicherungen und andere „Wohlfahrtseinrichtungen“. Nehmen wir für sie stellvertretend die Dresdener Bank, die „Beraterbank“, wie sie im Werbefernsehen verkündet. Richtiger, wahrheitsgemäßer wäre es, im Anschluß an solchen Reklamespot den üblichen Spruch zu senden: „Bei Risiken und Nebenwirkungen...“. Aber dann verändert: ... „Lesen Sie die Prozeßprotokolle von Nürnberg und fragen Sie die Überlebenden von Auschwitz und Theresienstadt.“ So neu ist diese „Neue Mitte“ nicht.

*

Nun, da es sie aber unverändert gibt, findet man rechts und links der „Mitte“ natürlich „Rechts- und Links-Extremismen“. Diese Fälscherabsicht hat eine theoretische Grundlage: die „Totalitarismus-Doktrin“. Es wird behauptet, der Kapitalismus besitze keine Ideologie. Die Totalitarismus-Doktrin aber ist die Aggressions-Ideologie des amerikanischen Imperialismus und seiner weltweiten Parteigänger. Sie beruht auf einer der größten und bösartigsten Geschichtslügen, nämlich auf der Unterstellung, daß zwischen Sozialismus und Kommunismus einerseits und Faschismus andererseits eine „Wesensgleichheit totalitärer Systeme“ bestehe. Unter Mißachtung und Verzerrung historischer Tatsachen und Erfahrungen behaupten ihre Verfechter, daß Faschismus und Sozialismus den selben gesellschaftlichen Ursachen entsprängen und wesensgleiche Staats- und Gesellschaftsformen darstellten. Diese Theorie soll ein negatives (Totalitaris-

mus) und ein positives (Freiheitliche Demokratie) Geschichtsbild suggerieren. Auf solchen Unsinn sind dann auch die Schreckensworte „Bedrohung aus dem Osten“ und „Unrechtsstaat“ zurückzuführen.

*

In seinem Brief an Herrn von Weizsäcker verwendet Gregor Gysi im Namen auch der PDS-Mitautoren mehrfach den Begriff „Totalitarismus“. Damit identifiziert er sich - sicher unwissentlich - mit solchen Geistesgrößen, die die Schnurrbärte Hitlers und Stalins als Beweis für die Wesensgleichheit „Rot gleich Braun“ ins Feld führen. Lothar Bisky beteuerte: „Godesberg liegt mir so fern wie Wandlitz“. Dieser Vergleich ist ein deutlicher Schritt in Richtung Totalitarismus-Doktrin; „Godesberg“ war die endgültige Kapitulation der SPD-Führung vor dem Kapitalismus, „Wandlitz“ entsprang einem überzogenen Sicherheitsbedürfnis. Nichts also von Wesensgleichheit ... Heißt es morgen: „Stalin liegt mir so fern wie Hitler“? Ich unterstelle den Genossen Gysi und Bisky nicht die Anhängerschaft zur Totalitarismus-Doktrin. Aber wenn diese sich in deren Äußerungen einschleicht, ist Gefahr im Verzug.

Nun ist die Rede von einem neuen Parteiprogramm der PDS. Auf der Bundeskonferenz blieben diejenigen in der Minderheit, die vor einer Programmdiskussion warnen. Wer also setzt die Forderung nach einem neuen Parteiprogramm in die Welt? Wer braucht es eigentlich?

Ist das gültige, 1993 mit großer Parteitagsmehrheit beschlossene, vielleicht zu antikapitalistisch? „Der kapitalistische Charakter der modernen Gesellschaften“ sei „ursächlich verantwortlich für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation“. Das müßte wohl angesichts der Entwicklung seither allenfalls verschärft werden. „Die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums muß überwunden werden“. Was wäre da zu erneuern? „Zusammenschluß aller unterschiedlichen linken Kräfte“, „Toleranz und Internationalismus“? Was ist falsch daran? Allenfalls das „Erbe von Marx und Engels“ könnte um das Erbe Lenins erweitert werden. Oder sollte etwa der Begriff „Extremismus“ neu definiert werden, damit man Marxistisches Forum, Kommunistische Plattform oder DKP denunzieren kann? Statt „Marktwirtschaft“ sollte man ehrlicherweise „Kapitalismus“ sagen. Probleme, die sich aus der „Übernahme von Verantwortung“ ergeben, müßten wenigstens angedeutet werden. Der Dreiklang von Opponieren, Tolerieren und Koalieren dürfte nicht nur auf theoretischen Konferenzen diskutiert werden; die Frage, was beim Mitregieren

mitgetragen, mitverantwortet werden muß, wäre eindeutig zu beantworten. Über die Unvereinbarkeit von „freiem Unternehmertum und Sinn für soziale Gerechtigkeit“ sollten genauso klare Worte gesprochen werden wie über den absoluten Unwillen des Kapitals, von seiner Macht etwas abzugeben.

Natürlich ist das alles Sache der PDS und wir wollen uns nicht in fremde Angelegenheiten einmischen. Dennoch: Wenn schon eine neue Programmdiskussion in einer sozialistischen Partei in aller Öffentlichkeit stattfindet, dann darf auch ein Nicht-PDS-Mitglied fragen: Was ist überholt? Im Mittelpunkt müßten sozialistische Grundbedingungen stehen. Oder sollte ein neues Parteiprogramm etwa ein weiterer Schritt in Richtung „Neue Mitte“ sein, in Richtung Anpassung, vor der schon 1995 mit dem Aufruf „In großer Sorge“ gewarnt wurde?

Karl-Eduard von Schnitzler



Buehtip

„Völker hört die Signale“

Ein lesenswertes Buch

Unzählige ehemalige Kommunisten in Ost- wie Westeuropa haben im Ergebnis der Niederlage des Sozialismus ihre Ideale verraten und sich dem Kapital „zugewendet“. Leute wie Michail Gorbatschow, Gyula Horn (Ungarn) oder Achille Occhetto (Italien) haben die Restauration der imperialistischen Herrschaft aktiv mitherbeigeführt. Viele aber sind ihren Überzeugungen treu geblieben und kämpfen weiter. Zu ihnen gehört der bedeutende Schweizer Kommunist Hansjörg Hofer, jahrzehntelang Mitglied des Großen Rates, des Stadtparlaments von Basel. In seinem Buch „Völker hört die Signale. Erinnerungen eines Baseler Kommunisten“, Pharos Verlag, Basel 1998, berichtet er über ein Leben voller Kämpfe, die gewonnenen Erfahrungen, die Lehren. Ein lesenswertes Buch, das Mut macht.

G.F.

Noch einmal zu den Wahlen vom 27. September

Nachgeharkt

Bekanntlich sind allgemeine Wahlen seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts stets Gradmesser für den Zustand der politischen Willensbildung der Bevölkerung eines Landes und speziell für den Reifegrad und den Einfluß der Parteien und anderer Organisationen, (darunter auch derjenigen der Arbeiterbewegung). Das hat sich am 27. September 1998 in Deutschland wieder bestätigt.

Diese Wahlen waren bekanntlich kein Machtwechsel, denn durch das Ergebnis wurden die Eigentumsverhältnisse und der Einfluß des Finanzkapitals auf die politische Organisation der BRD nicht verändert. Ob es außer einem Regierungswechsel auch noch ein Politikwechsel sein wird (der sich nach diesen Wahlen nur im Rahmen der kapitalistischen Ordnung, also auf der Grundlage ihrer Produktionsweise, vollziehen kann und wird), dürfte sich in den nächsten Monaten und Jahren erweisen.

Wenn auch am 27.9.1998 etwa 41 Prozent der Wähler ihre Stimme der SPD, fast 7 Prozent den Grünen und 5 Prozent der PDS gaben und die SPD in 109, die PDS in 4 von insgesamt 328 Wahlkreisen Direktmandate errangen - was für die BRD sensationell ist, - so darf man daraus nicht den falschen Schluß eines Linksrucks ziehen. Man sollte nicht vergessen, daß sich die gesamten inneren und internationalen Orientierungen und Handlungen der vor allem die Interessen des Finanzkapitals verwaltem politischen Kräfte (staatliche Organe, öffentliche Dienste, Parteien, Organisationen und Vereine) - seit der Annexion der DDR im Jahre 1990 und dem Untergang der UdSSR im Jahre 1991 eindeutig nach rechts verschoben haben. Das bedeutet, daß die Ausbeutung der Arbeitskräfte, also die Spanne zwischen Profit (Zins, Unternehmervergewinn, Grundrente) und Arbeitslohn deutlich größer geworden, der Abbau sozialer Errungenschaften und bürgerlich-demokratischer Rechte im Innern des Landes sowie die wirtschaftliche, politische und militärische Expansion nach außen verstärkt worden sind. Diese Verschiebung nach rechts - sie wurde durch die jüngsten Wahlergebnisse nicht aufgehoben - ist übrigens auch das reale Ergebnis des Handelns all derer, die irgendwann einmal stolz darauf waren oder noch sind, zur Beseitigung der „Mauer“ und damit des politischen Systems der DDR beigetragen zu haben - selbst, wenn sie das ursprünglich nicht so wollten.

Dabei darf man sich nichts vormachen: Die rechte Gefahr, d.h. die wirtschaftlichen, sozialen, politischen, rechtlichen, moralischen usw. Angriffe auf die eigene werktä-

tige Bevölkerung (die vor allem als Kostenfaktor, als Kundschaft oder als Käufer benötigt und behandelt wird) und auf die Völker der früheren östlichen sozialistischen Nachbarländer geht nicht in erster Linie von DVU, NPD, REPs, „Glatzköpfen“, bestimmten Kleidungsformen oder Schuhtypen aus; sie verkörpert sich vielmehr in - auch nachwachsenden - einflußreichen Kräften in und um CSU, CDU, FDP und selbst in bestimmten Kreisen der SPD und der Grünen. Deutschland ist auch nach dieser Wahl das am meisten antikommunistische Land Europas. Das Verbot der KPD von 1956 gilt nach wie vor. Die Beschlüsse der SPD zur Unvereinbarkeit von Parteimitgliedschaft und Zusammenarbeit mit Kommunisten sind ebenfalls nicht aus der Welt geschafft worden. Die unter früheren sozialdemokratischen Regierungen systematisch abgebauten bürgerlich-demokratischen Rechte, die im Grundgesetz verankert waren, wurden bisher nicht wiederhergestellt. Auch expansionistische Beschlüsse auf dem Gebiet der Außenpolitik, die der Bundestag und der SPD-beherrschte Bundesrat gemeinsam abgesegneten, behalten ihre Gültigkeit.

Ungeachtet aller Einschränkungen hinsichtlich der Rolle von SPD und Grünen muß konstatiert werden, daß an ihnen und dem DGB „vorbei“ keine Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Gesamtzustände erreicht werden können, auch wenn diese Kräfte real und objektiv bereits einen Teil des politischen Systems der Herrschaft des Finanzkapitals (deren Retter und „Einseifer“ der werktätigen Massen zugleich) bilden.

Was die PDS betrifft, so hat deren Spitze im Verlauf des Wahlkampfes 1998 immer offener und deutlicher sozialistisch klingende Passagen ihres Parteiprogramms aufgegeben. Sie brachte damit die gesamte Partei in eine Position, die der Sache nach die kapitalistische Gesellschaft grundsätzlich als „reformierbar“, „demokratisch“, „rechtsstaatlich“ und „zivilisatorisch“ begrüßt. Nur bestimmte „Auswüchse“ derselben (wie etwa das „spekulierende Kapital“ oder „ungerechte“ Reichumsverteilung, nicht die Reichumsproduktion) werden noch kritisiert. Der deutliche Kurswechsel in Richtung einer linken Sozialdemokratie und der natürliche Verlust (Todesfälle) von 5-7.000 Mitgliedern pro Jahr könnten die Bedeutung der PDS für fortschrittliche Veränderungen der Gesellschaft in Deutschland noch weiter verringern. Sie mag die Zahl der diätenträchtigen Mandate zwar vergrößern, könnte aber immer weniger wissenschaftlich begründete Antworten auf wichtige Fragen der ausgebeuteten und sozial aus-

gegrenzten Menschen - vor allem im Osten - geben.

Sieht man von den vereinzelt Kandidaten der DKP ab, so haben Parteien an der Wahl teilgenommen, die die Grundlagen der gesellschaftlichen Verhältnisse der BRD nicht wirklich verändern, umformen und erneuern wollen. Sie versprochen lediglich aus den verschiedensten Gründen, das bestehende System „gerechter“ gestalten zu wollen. (Erinnert sei hier an die PDS-Losung „Für eine gerechte Republik“.) Im Westen wollten solche Veränderungen übrigens etwa 40 Prozent der Wähler, im Osten etwa 60 Prozent, was bedeutet, daß die realen persönlichen Erfahrungen, daß Bildung und Erziehung der DDR nachhaltig weiterwirken. (Das seit 1989 durchlaufene „Praktikum“ zum Erkennen der Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaft bestätigt vielen früheren DDR-Bürgern das Gelernte.)

Man muß andererseits realistisch sagen, daß die DKP - selbst wenn das KPD-Verbot aufgehoben worden wäre - vorerst wohl kaum mehr als 1-2 Prozent aller Wählerstimmen erhalten würde. Doch die Dinge sind in Bewegung. Die Einverleibung der DDR durch die BRD hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Bürger der „neuen Bundesländer“ im vergrößerten Deutschland wie eine Art „Hefe“ wirkt. Der Osten hat weit deutlicher als 1990 oder 1994 rosa und rot gewählt. Auch ein Blick über die eigenen Grenzen zeigt, in welchen Kontext die deutschen Wahlen einzuordnen sind. Einerseits erhält die Sozialdemokratie, die ja zuvor bereits in Frankreich, Großbritannien, Italien und weiteren Ländern ans Ruder gelangte, die Möglichkeit, ihre 1997 vereinbarten Vorstellungen von „sozialer Marktwirtschaft“ im beinahe kontinentalen Maßstab „auszuprobieren“. Dabei sammelt der Imperialismus neue Erfahrungen. Andererseits zeigen die Konflikte und Konfrontationen in einigen osteuropäischen Ländern - besonders aber die Entwicklung der Klassenkämpfe in Rußland, die eine wachsende Isolierung des Jelzin-Regimes bei steigendem Einfluß der Kommunisten bewirkt haben -, daß die Neueinführung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise die Probleme dieser Länder nicht zu lösen vermag.

Schon richten wir in Thüringen und Sachsen den Blick auf die Landtagswahlen 1999, bei denen es darum geht, der hier regierenden CDU Niederlagen beizubringen. Bei uns in Thüringen sind die Chancen für eine Abwahl des Kabinetts Vogel nicht ungünstig. Das bevorstehende Jahr bringt auf jeden Fall neue Kämpfe und neue Bewährungsproben.

1999 jährt sich die Gründung der DDR zum 50. Mal. Das Jubiläum stellt alle politischen Parteien und Organisationen vor die Frage: Wie steht ihr zur DDR? An ihrer Beantwortung scheiden sich die Geister.

Eike Kopf, Erfurt

Zur Außenpolitik des Herrn Josef Fischer

Doppelmoral als Prinzip

In der „taz“, dem Sprachrohr der Grünen, jubilierte kürzlich die Bremer Hochschullehrerin Sibylle Tönnies: „Joschka Fischer ist Außenminister! ... Er hat es geschafft. Einer von uns. Und er wirkt in seiner Rolle smarter als seine sämtlichen Vorgänger.“ Stimmt. Smarter sieht er tatsächlich aus, das ist aber auch schon alles, was ihn von seinem Vorgänger Kinkel unterscheidet, der gemeinsam mit Rüge überall auf der Welt deutsche (Kapital-) Interessen notfalls mit militärischer Gewalt durchsetzen wollte. Seine grünen, pazifistischen Prinzipien hat Außenminister Joschka Fischer, Entschuldigung, Josef Fischer, wie er sich jetzt nennen läßt, im Handumdrehen zu seinen alten Turnschuhen ins Museum verbannt.

Herrn Fischers Devise für die Außenpolitik heißt Kontinuität. Und die garantiert die uneingeschränkte Unterstützung der rücksichtslosen Machtpolitik der USA und der von ihr geführten NATO, in deren Fahrwasser auch die deutschen Kapitalinteressen auf ihre Kosten kommen. Indem nun Herr Fischer grünes Licht für einen Angriffskrieg gab, bestätigte er die Wiederaufwertung des Krieges zur Fortführung deutscher Außenpolitik mit anderen Mitteln. Der Erfolg spricht schließlich für sich. Ohne die Drohung mit NATO-Bomben wären die teuflischen Serben nicht in die Knie gezwungen worden, so wie es bereits Kinkel verlangt hatte. Und Gewalt funktioniert halt eben doch noch am besten in den internationalen Beziehungen. Auch im Irak hat sich das gerade wieder herausgestellt. Fischers Kontinuität verspricht, daß wir in Zukunft mehr davon sehen werden.

Damit auch ja niemand an Herrn Fischers Kontinuität zweifelt, beließ der neue Außenminister selbst die engsten Vertrauten seines Vorgängers auf ihren Plätzen oder gab ihnen sogar noch einflußreichere Posten. Da hätte Kinkel auch gleich Außenmi-

nister bleiben können. Aber nein, Herr Fischer sieht doch viel smarter aus! Ganz staatsmännisch. Selbst sein bedeutungsschwerer Gesichtsausdruck wirkt echt. Zu sehr ist er von sich selbst und der Würde seines neuen Amtes überwältigt. Außerdem weiß er mit Herrn Verheugen (früher FDP-Generalsekretär) vom NATO-Extremflügel der SPD einen starken Staatssekretär an seiner Seite.

Ohne Zweifel hat Herr Josef Fischer in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik einen neuen Rekord aufgestellt. Nicht, weil er es als Metzgersohn und Taxifahrer ohne Ausbildung zum Außenminister gebracht hat, wie er gerne kokettiert, sondern weil er so schnell wie niemand zuvor die Prinzipien seiner Partei verkauft hat, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Um der Teilhabe wegen - das haben die grünen Gutmenschen erkannt - muß man für humanitäre Zwecke auch schon mal Krieg führen. Besonders wenn's die Serben trifft.

Herr Fischer hat bereits klargestellt, daß er überdies die US-Politik der „Sanktionen“ gegen Irak kontiniert. Wenn dadurch auch weiterhin zehntausende von Kindern elendig sterben, dann ist das zwar hart, aber auch als Grüner muß man da durch. Zur brüderlichen deutschen Waffenhilfe an die Türkei, damit die humanitäre Vernichtung aufständischer Kurden weitergehen kann, hat sich Herr Fischer wohl noch nicht geäußert. Wird sicher bald kommen.

Den Weg aus dem Dilemma haben zwei grüne Vordenker, die Professoren Brumlik und Funke, erst unlängst in der „taz“ gewiesen: Bomben auf Belgrad? Unbedingt! Aber wie steht's mit der Kurdenverfolgung in der Türkei? Antwort: Es gibt keinen Grund, warum man beim Hinnehmen des Übels konsequent sein muß.“ Die Empfehlung der Doppelmoral als Grundlage grüner Außenpolitik.

Rainer Rupp, geschrieben am 5.11.1998

Sprüche und Worte von Shahr

Pluralismus: Heute eine Meinung und morgen eine andere.

*

Wäre Kolumbus nach China gekommen, gäbe es heute keine Chinesen mehr.

*

Keine Waffen für die Türkei! (Waffenreinheitsgebot?)

*

Rausländerpolizei

*

FDP-Wrackson

*

Was ist die Wende? Ein Ende mit zwei Vau-Zeichen.

Kontinuität

Tage vor dem Einrücken der zartrosa bis blaßgrünen Minister in die Bonner Ministerien hat die Kohl-Regierung 186 (!) unkündbare Spitzenbeamte ihres zentralen Apparats in noch höhere Positionen befördert. Sie sind gewissermaßen das Salz in der Suppe des „Machtwechsels“: ein Wechsel auf den Fortbestand der alten Macht.

In diesem Staat geht niemand verloren, der sich im Sinne des Kapitals bewährt hat.

Nehmen wir den knallharten Konservativen Eckhart Werthebach. Dieser Herr war bisher als Staatssekretär die rechte Hand des pomadig-glattgescheitelten Innenministers Kanther, den die Wähler im September am Kanthaken nahmen und aus dem Amt warfen. Zuvor hatte er sich - einige Zeit Chef des Verfassungsschutzes - als Bundesdeutschlands oberster Schlapphut betätigt. Fortan wird Werthebach in Berlin, dessen an die Brandenburger CDU-Spitze eilender Polizeisenator Schönbohm das Feld an der Seite des dümmlich-dümpelnden Diepgen geräumt hat, für den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wirken. Für eine „besenreine Hauptstadt“, wie sie sein zur extremen Rechten tendierender Vorgänger anvisiert hatte. Welch Glück, daß uns dieser erfahrene Mann erhalten geblieben ist!

Noch besser dürfte es um das Bonner Justizressort bestellt sein. In das mit Zöglingen alter Nazi-Juristen vollgestopfte Haus ist Herta Däubler-Gmelin, eine sozialdemokratische Ministerin, eingezogen, die politisch wohl eher leise Töne bevorzugt. Doch auch dort steht ein wackerer Mann an ihrer Seite, der - im doppelten Sinne - nach dem Rechten sehen wird und für „Bestandsschutz“ sorgt: der beamtete Staatssekretär Hansjörg Geiger, ein langjähriger Grauzonenspezialist, der just im richtigen Moment in der bis dahin von ihm geleiteten BND-Zentrale Pullach abkömmlich war. Übrigens hat Geiger inzwischen drei Geheimdienst-Spitzenposten durch, die durch Bonn vergeben werden: Nachdem er als offizielle Nr.2 der Gauck-Behörde diese Berliner Zweigstelle der BRD-Dienste de facto geführt hatte, übernahm er flugs das Zepter im Kölner Hauptquartier des Verfassungsschutzes, um anschließend Chef der bundesdeutschen Auslandsspionage zu werden. Jetzt hat er sich in das - gemessen an seinen bisherigen Posten - relativ bescheidene Amt des Staatssekretärs im Justizministerium zurückgezogen, um auch dort für freedom and democracy zu wirken.

Wie man sieht, ist die Kontinuität beim „Machtwechsel“ nicht in Gefahr. Kanthers Werthebach und Gaucks Geiger stehen dafür.

S.R.

Scharpings Eurofighter

Der neue Chef auf der Bonner Hardt-Höhe, der militärisch-straft Herr Scharping, hält sich strikt an die Devise. Ein Mann - ein Wort. Für seine Prinzipien geht er durchs Feuer. Hand aufs Herz: Unser Verteidigungsminister - ein Sozialdemokrat von echtem Schrot und Korn - ist so sicher und verlässlich wie eine Bank. Auf ihn kann man blind vertrauen.

Nehmen wir nur die Sache mit dem Eurofighter. Als die inzwischen dahingeschiedene schwarz-gelbe Koalition im Bundestag - nach dem Ende des Kalten Krieges - den Bau des superteuren und vom Steuerzahler zu finanzierenden „Kampffjets des 21. Jahrhunderts“ forderte, stimmte auch Scharping tapfer gegen das Milliarden verschlingende Hochrüstungsprojekt. Man war schließlich in der Opposition! Ein neuer Karl Liebknecht? Nein, das nicht gerade. Rudolf stand ja nicht allein. Ein Teil der Fraktion gab Flankenschutz. Und die PDS votierte sowieso contra. Auch grüne Abgeordnete taten das. Als er dann den markigen Volker Rübe im Sessel des Verteidigungsministers ablöste, dachte der gläubige Katholik Scharping - schließlich hatte er bei der Vereidigung anders als Lafontaine und Schröder dem Schwur ein „So wahr mir Gott helfe“ hinzugefügt - Tag und Nacht an die Einlösung seines Wortes. Beherzt trat er vor die ihn mißtrauisch beäugende Truppe und verkündete scharf: „Der Eurofighter wird nicht gebaut, da sich die Bundesrepublik keiner militärischen Bedrohung gegenüber sieht.“ Von der Rüstungsindustrie wurde ihm lebhaft zugestimmt, auch sie konvertiert zum Pazifismus und will jetzt Gartenmöbel herstellen.

Hier endet unser schönes Märchen von Tante Klärchen. Denn was tat der neue Minister wirklich? Er teilte sang- und klanglos mit, er habe pflichtbewußt sein Rückgrat an der Garderobe der Hardt-Höhe abgegeben. Die einstige Gegenstimme eines SPD-Abgeordneten zähle nicht mehr. Nun sei er in „Sachzwänge eingebunden“. Was der Bundestag zum Eurofighter beschlossen habe, gelte weiter. (Im Unterschied zu anderen von der rechtskonservativen Koalition durchgebrachten Beschlüssen des Parlaments, deren sofortige Revision nach einem SPD-Sieg schon im Wahlkampf angekündigt worden war.)

Seine Kampffjets wurden auf jeden Fall in der festgelegten Stückzahl gebaut und termingemäß an die Bundeswehr ausgeliefert, garantierte Scharping.

Auf Sozialdemokraten ist schließlich Verlaß. Sie fallen „der Wirtschaft“ (sprich dem Kapital) unter keinen Umständen in den Rücken. Höchstens dem Volk - wenn es sich nicht vermeiden läßt.

Rudolf Scharping. Ein Mann - ein Wort. Christenwort. So wahr ihm Gott helfe!

S.R.

Mutiger Franzose deckte NATO-Karten auf

Bravo, Major Bunel!

Im Brüsseler NATO-Hauptquartier gab und gibt es auch kühne, aufrechte Menschen, die nicht Krieg, sondern Frieden wollen. Und die auch etwas dafür tun!

In der Vergangenheit hat unser Rainer Rupp das bewiesen. Er trug durch seine Informationen zur richtigen Bewertung militärischer und politischer Schritte der Gegner des Warschauer Vertrages bei, was Fehleinschätzungen vorbeugte.

Jetzt hat die Welt von einem mutigen Franzosen erfahren, dem die von einem sozialistischen Kabinett mit kommunistischer Minderheitsbeteiligung regierte Grande Nation eigentlich die höchste Tapferkeitsauszeichnung schuldet. Statt dessen befindet er sich in den Mühlen der französischen Justiz, die ihn sofort nach Bekanntwerden seiner Großtat (nicht: Tat) hat arretieren lassen. (Der Regierungswechsel zu „Rot-Rot“ bewirkte eben auch an der Seine weder einen Macht- noch einen echten Politikwechsel!)

Maj. P. Bunel

Die Rede ist von Major Pierre Bunel, bis vor kurzem Kabinettschef der französischen Verbindungsmission beim NATO-Hauptquartier. Jetzt drohen ihm 15 Jahre Haft!

Was aber wirft man dem wackeren Manne - einem wahren Patrioten des Landes der Trikolore - eigentlich vor?

„Franzose spionierte für Belgrad“ überschrieb das linksbürgerliche ND in gewohnter Wortwahl den Bericht seines nach 1989 mitgewendeten Pariser Korrespondenten,

der wissen ließ, „durch den Geheimnisverrat“ Bunels sei „Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic in jeder Phase der Verhandlungen mit USA-Unterhändler (richtiger: Cheferpresser - K.S.) Richard Holbrooke bereits im Voraus im Bilde gewesen“.

Der 46jährige Offizier hat etwas Großartiges getan. Als die NATO den von ihr inszenierten Kosovo-Konflikt auf die Spitze trieb und die unmittelbar bevorstehende Bombardierung Serbiens verkündete - die drohende Umwandlung des Nordatlantikpaktes in einen Mordatlantikpakt stand unmittelbar bevor -, übergab Major Bunel die Liste mit den streng geheimgehaltenen Bomberzielen in Jugoslawien, die von NATO-Kampfmaschinen attackiert werden sollten, an Mitarbeiter des serbischen Geheimdienstes Odoj. Bei seiner Vernehmung durch die französische Justiz „gestand“ er (so die Formulierung des ND-Korrespondenten), aus Sympathie für die Serben in Aktion getreten zu sein. Geld habe er nicht angenommen.

Es handelt sich demnach um kein Geständnis, sondern um ein Bekenntnis. Der „Geheimnisverrat“ des französischen Stabsoffiziers hätte im Falle der Ausführung der durch NATO-Generalsekretär Solana - einen Sozialdemokraten - akut angekündigten „Luftschläge“ des imperialistischen Aggressionspaktes wahrscheinlich Tausenden Serben das Leben gerettet. Ein Spion? Ein Verräter?

Ein Held! Bravo, Major Bunel!

Klaus Steiniger

Ein korrigierendes Wort

Mehrere Genossinnen und Genossen haben mich auf eine unzulässig verkürzte Passage in der vom „RotFuchs“ in Nr. 9 veröffentlichten Fassung meiner Rede vor dem DKP-Bezirksaktiv Nordbayern aufmerksam gemacht. Dort steht, der Imperialismus habe am 27. September eine Niederlage erlitten.

Das ist so falsch. Ich hatte gedacht, aus dem Zusammenhang würde ersichtlich, was ich inhaltlich habe sagen wollen. Hier noch einmal der Gedanke im Klartext: Das seit 16 Jahren am Ruder befindliche rechtskonservative Establishment des deutschen Imperialismus hat eine schwere Wahlniederlage erlitten und mußte durch das sozialdemokratische Establishment des deutschen Imperialismus ersetzt werden. Das soll jetzt einen „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“ („soziale Marktwirtschaft“) verkaufen.

Bruni Steiniger

Wichtiger Hinweis

Wir bitten alle Autoren und Autoren-Aspiranten sowie alle potentiellen Leserbriefschreiber, uns ihre Beiträge und Bemerkungen diesmal ausnahmsweise bis zum 8.12.98 (Redaktionsschluß ist sonst der 10. jeden Monats) zukommen zu lassen, damit die Dezember-Ausgabe noch vor Weihnachten erscheinen kann.

Die Redaktion

Zur Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes

Brief aus Kassel

Zwar war im Wahlkampf von DKP-Seite etwas mehr, seitens der PDS etwas weniger auch die Rede von außerparlamentarischer Bewegung, aber wie, mit wem, mit welchen Mitteln und für welche grundlegenden Veränderungen, das blieb vage und unbestimmt. Diese entscheidende Frage bleibt auch unter der neuen Bundesregierung offen. Sie muß möglichst bald mit Forderungen nach einem Wandel im revolutionär-demokratischen Sinne beantwortet werden, die orientierend und mobilisierend für eine breite Volksbewegung sein können. Der Tag ist wieder einmal gekommen, an dem Kommunisten nicht nur das Grundgesetz gegen die vom herrschenden System und dessen Parteien ausgehende verfassungswidrige Sabotage verteidigen müssen, sondern auch für seine Umsetzung in Wirklichkeiten einzutreten und dafür ein breites Volksbündnis vorzuschlagen haben, das vor allem mit außerparlamentarischen Mitteln seinen Willen auch parlamentarisch durchsetzen muß.

Das für Kommunisten unverzichtbare Ziel einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung wird nur dann auch für eine Volksmehrheit unverzichtbar werden können, wenn sie durch ihre eigene Erfahrung in der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Herrschaftssystem dazu angetrieben wird. Gravierende Artikel im Grundgesetz bieten die legitime Handhabe und Begründung dafür, diese Erfahrung zu machen. Wird sie auch jetzt unter den Bedingungen einer Regierung SPD/Grüne nicht genutzt, bleibt es bei reformistischen Illusionen, die an den kapitalistischen Machtverhältnissen nichts ändern, sondern sie festigen.

Kritisch anzumerken ist, daß wesentliche und richtige Orientierungspunkte im Aktionsprogramm der DKP, bezogen auf das GG, innerparteilich und nach außen nicht zum Zuge kamen, weil sie einerseits nicht präzisiert, andererseits von der streitigen Diskussion um Sozialismus-Vorstellungen der DKP verdrängt wurden, was die politische Praxis behinderte und lähmte. Die neue politische Konstellation zwingt dazu, das zu korrigieren.

1.) Vorschläge für Konzentrationspunkte unter der Leitfrage: Was geschieht mit dem, was des Volkes Hände schaffen? Volksbegehren und Volksentscheide ins Grundgesetz!

Durch Ausführungsgesetze nach Art. 14 GG (Sozialpflichtigkeit des Kapitaleigentums) muß die Alleinverfügung und Alleinbestimmung der großen Konzerne und Großbanken über die vom Volk

geschaffenen Werte und Gewinne aufgehoben werden.

2.) Die Volkswirtschaft hat den vernünftigen Bedürfnissen des Volkes zu dienen (deshalb heißt sie ja so). Die Grundnormen für wirtschaftliche Rahmenplanung und Lenkung werden von parteiunabhängigen Institutionen der Wirtschaftsforschung und Wissenschaft, verbunden mit der Sozialpolitik, in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Sozialverbänden ausgearbeitet, dann dem Gesetzgeber Bundestag als Auf- und Vorlagen für Gesetzesentscheidungen zugeleitet. Ein Gesetzeszwang für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze wird damit hergestellt.

3. Unter demokratisch kontrollierter Offenlegung ihrer Bilanzen haben die Konzerne und deren Großbanken über Steuern hinaus jährlich festzulegende Gewinnanteile an den Staatshaushalt für öffentliche und soziale Aufgaben der Kommunen, der Länder und des Bundes abzuführen.

4. Unternehmensverlagerungen zum Schaden der Binnenwirtschaft, Kapitalverschiebungen ins Ausland zum Zwecke der Spekulation (unter dem Deckmantel der sogenannten Globalisierung) sowie Steuerflucht werden gesetzlich verboten und stehen unter Strafandrohung bis zur Vermögenseinziehung.

5. Das Recht auf Arbeit (anstelle der Illusion „Bündnis für Arbeit“) wird ins GG aufgenommen. Wo durch produktions-technische Entwicklungen menschliche Arbeitskraft überflüssig zu werden droht, muß die Arbeitszeit insgesamt und betrieblich so geregelt werden, daß Arbeit für alle vorhanden ist, verbunden mit wachsenden Einkommen und mehr Freizeit.

6. Sofort zu beschließende Gesetze: Beseitigung der Finanznot der Städte und Gemeinden durch unverzügliche Einstellung der Zinszahlungen an Großbanken bis zum Schuldenerlaß. Zu Gunsten des Bundeshaushalts und seiner Regulierung haben die drei Großbanken (Deutsche, Dresdener und Commerzbank) aus ihrem über zwei Billionen DM betragenden Bilanzvermögen mindestens 500 Milliarden DM abzuführen.

Diese Grundforderungen, vom Volke in seinem Interesse aufgenommen, sollten unter seinem ständigen außerparlamentarischen Druck als verbindliche Wähleraufträge an das gewählte Parlament verstanden werden - als entscheidende Schritte von der Stellvertreterdemokratie zur engagierten direkten Demokratie.

Willi Belz

Klaus Feske, Sprecher des Solidaritätskomitees

Fragen an Gregor Gysi

Am 14. Oktober 1998 meldete das ND, Gregor Gysi wolle „das Unrecht an der Grenze klar benennen“.

Will er den souveränen Staat DDR mit seinem Bündnis Warschauer Vertrag und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen nun auch zum „Unrechtsstaat“ erklären? Oder will er klar sagen, daß es sich um Gesetzesverletzungen handelte, wenn Grenzdurchbrüche begangen wurden? Will er sagen, daß die Grenzsoldaten auf einer ordentlichen Rechtsgrundlage handelten, wenn sie Gesetzesverletzer im militärischen Sperrgebiet stellten? Will er sich jetzt endlich als Anwalt an der Aufklärung der Morde an DDR-Grenzsoldaten beteiligen?

Die zitierte Aussage läßt nicht erkennen, was er eigentlich vorhat. Ein Politiker sollte sich eindeutig und nicht beliebig interpretierbar äußern. So bleibt alles offen.

Denn mit dem Schlagwort, es sei „Unrecht“ gewesen, was an der Staatsgrenze der DDR geschah, werden bekanntlich die Anklagen der notorischen Sonder-Staatsanwaltschaft II begründet. Grenzsoldaten, Offiziere, Generale und Politiker sind unter der Beschuldigung, „Unrecht“ an der Grenze begangen zu haben, angeklagt und verurteilt worden. Genau mit Gysis Wortwahl. Läßt er seine Äußerung so stehen, stellt er sich auf die Seite von Staatsanwaltschaft und Gericht und stimmt der politisch motivierten Verurteilung derer zu, die nach Recht und Gesetz der DDR gehandelt haben. Blicke er dabei, dann stünde das im Widerspruch zu seinen eigenen Worten, die er mir bei einer T-Online-Diskussion am 21. November 1997 um 18.07 Uhr auf meine Frage zur politischen Strafverfolgung gesagt hat. O-Ton Gysi: „Wir sind gegen die juristische und für die politische Aufarbeitung der Geschichte der DDR. Und vor allem das Rückwirkungsverbot im Strafrecht darf nicht aufgehoben werden, nur um ehemalige DDR-Bürger belangen zu können. Deshalb fordern wir die Einstellung der politischen Strafverfolgung. Eine Ausnahme ist selbstverständlich dann gegeben, wenn Verantwortliche der DDR deren Strafgesetze verletzt haben“.

Also. Gregor Gysi, was willst Du mit Deinen nebulösen Erklärungen zum „Unrecht an der Grenze“? Stell bitte klar, ob Du auf Seiten der Angeklagten stehst, die im Widerspruch zu den Regelungen des Einigungsvertrages vor Gericht gebracht wurden und werden, ob Du für ein Strafverfolgungs-Beendigungsgesetz bist oder ob Du meinst, daß die in willkürliche Verfahren verstrickten DDR-Bürger zurecht verfolgt werden.

„Entzauberung“ oder Aufbruch in die Entbehrlichkeit?

PDS-Minister in Schwerin

Die letzte Zitterpartie war nur kurz: Ganze 6 Gegenstimmen ließen sich auf dem Parchimer Landesparteitag der PDS Mecklenburg-Vorpommern vernehmen, als über die Koalition mit der SPD zu entscheiden war. 100 Genossinnen und Genossen votierten dafür.

Inzwischen ist die SPD/PDS-Regierung in Schwerin installiert. Drei ihrer Minister stellt jene Partei, die vom politischen Establishment als „SED-Nachfolgerin“ stigmatisiert und wie eine Aussätzige behandelt wurde - von einigen auch weiter wird.

Größere Resonanz als bei solchem Personalwechsel auf Landesebene üblich, fand dieser Vorgang wegen seiner Erstmaligkeit in der Geschichte der Neu-BRD. Er könnte, wie manche befürchten, andere erhoffen, Signalwirkung haben. Entsprechend konträr das Echo: Die Wahlverlierer von der CDU beschwören „die düsteren Jahre der DDR-Vergangenheit“ herauf, deren Wiederauferstehung durch diese rot-rote Kumpanei drohe. Das ist natürlich lächerlich - zumal besonders inbrünstig auch von Leuten vorgetragen, die sich, seinerzeit „Blockfreunde“, eher als Nutznießer denn als Widerständler verstanden.

Doch deren Feindbildmuster teilt eine Minderheit in der SPD. Gefangen in antikommunistischer Borniertheit und blind dafür, daß die PDS inzwischen auf reformistischen Kurs gebracht wurde, reagieren diese Leute hysterisch - markantes Beispiel ist die Selbstauflösung der SPD in Schwaan bei Bützow. Außer sich selbst ins Abseits zu stellen, dürfte diese Gruppierung politisch kaum etwas bewirken.

Mehrheitlich wird die Auffassung geteilt, mit dem Zustandekommen der SPD-PDS-Koalition setze sich so etwas wie Normalität in der bundesdeutschen Politiklandschaft durch. Dem ist, mißt man mit europäischem Maßstab, nicht zu widersprechen: Das heutige Europa besteht aus bürgerlich verfaßten kapitalistischen Staaten mit Mehrparteiensystemen, sozialistische und kommunistische Parteien inklusive.

Daß in den Reihen der PDS die mit dem respektablen Bundes- wie Landtags-Wahlergebnis vom 27. September ausgelöste Euphorie durch die Schweriner Regierungsteilnahme nochmals Auftrieb erfährt, ist verständlich - unbedenklich weniger. Wenn auch nur von einer Minderheit geäußert, bleiben Sorge und Zweifel hörbar, ob mit dem Ausstieg aus der Rolle einer konsequenten Oppositionskraft der selbstgestellte sozialistische Anspruch nicht in Gefahr gerate.

Bevor die PDS an der Regierungstafel Platz nehmen durfte, mußte sie allerdings erst einmal Kröten schlucken. Dem ihr abverlangten Bußfertigungsritual kamen ihre Wortführer - übrigens nicht zum ersten Male - bereitwillig nach: Mit einem „Bekenntnis“ zur Verantwortung der SED „für politisches Unrecht in der DDR“, zu „Geschichtsaufarbeitung seit 1945 (!)“ und „Rehabilitierung der Opfer“. So in der Präambel des Koalitionspapiers fixiert. Von vergleichbarem Umgang der SPD mit ihrer eigenen Geschichte steht da nichts - ausgeblendet bleiben das Wüten der Noskes und Zörgiebels, die subversiven (bis zu terroristischen Anschlägen reichenden) Aktionen des seinerzeitigen SPD-Ostbüros, der sozialdemokratisch initiierte „Radikalerlaß“, die auf ihm fußende Berufsverbotspraxis - um nur einige Stichworte zu nennen. Daß PDS-Verhandlungsführer Holter trotz solch einseitiger Schuld-festschreibung dennoch von „gleichberechtigten Verhandlungen“ sprach, nimmt da schon wunder.

Immerhin: Wenn sich die PDS auch nicht mit allen im Wahlkampf offerierten Vorhaben beim nunmehrigen Partner behaupten konnte - Holter meinte, man habe (was immer das auch heißt) wenigstens „überall Duftmarken gesetzt“ - , so bleibt davon doch Substantielles. Insofern läßt sich das Ergebnis gemäßigt positiv bewerten und der Verwirklichung gewisser Vereinbarungen Erfolg wünschen. Ohne dabei zu übersehen: Auch wenn alles Ausgehandelte praktisch umgesetzt werden kann - mehr als ein bescheidener Abbau bestehender, vor allem sozialer Probleme kommt dabei kaum heraus. Die anvisierten zusätzlichen 3.000 Arbeitsplätze im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sind z.B., gemessen an der hohen Arbeitslosenrate im Land, nicht viel mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. (Obwohl man selbst das, angesichts der derzeitigen Zustände, nicht geringerschätzen sollte.)

Was jedoch nicht gelingen kann, ist, was PDS-Fraktionschef Gysi unlängst auf dem HBV-Kongreß verlangte - oder zusagte? Nämlich: Seine Partei müsse „den Mythos der Sachzwänge zerstören“ und (auf Bundesebene) „nicht Bundespolitik gegenüber den Bürgern vertreten, sondern umgekehrt als Anwalt der Wähler gegenüber der Bundesregierung auftreten“.

Das läßt sich so für die Mit-Regierungspartei PDS in Mecklenburg-Vorpommern nun wohl schwerlich handhaben. Ihre Spielräume sind eng. Nicht nur, weil der PDS Ministerien zugeteilt wurden, die nicht gerade als Schlüsselressorts gelten. Einschnüren-

der noch die auch für dieses Bundesland geltende Grundregel kapitalistischer Logik, die da lautet: „Es muß bezahlbar sein“. Am großen Stolperstein „Finanzierungsvorbehalt“ kommt so manches vom Projekt „Mehr soziale Gerechtigkeit“ zu Fall. Eingebunden in Koalitionsabsprachen, muß die PDS wohl oder übel die Folgen solcher „Sachzwänge“ mitverantworten und vertreten. Vergessen ihr '94er Wahlslogan „Veränderung beginnt mit Opposition“ - und verloren die Chance, sich außerparlamentarischen Beistands zu versichern. Der mußte sich dann ja in aller Regel gegen sie als für die Regierungspolitik Mitverantwortliche richten.

Was also bleibt ihr bei allem strebsamen Bemühen, das ihr nicht abgesprochen werden soll? Letztlich nichts anderes als außer erreichbar, weil bezahlbaren Korrekturen, „sozialer Grausamkeiten“ dann Seit' an Seit' mit Seniorpartner SPD zu offenbaren: Mehr geht eben nicht! Und das hieße dann ja wohl auch: Wofür man als Opposition vorher eintrat, bleibt Illusion. (Solange die Gesellschaft so belassen wird, wie sie derzeit ist.)

Genau auf diesen Effekt setzt der sozialdemokratische Partner. Sein politischer Kopf, der genau kalkulierende Pragmatiker Harald Ringstorff, faßte das präzise in den Begriff „Entzauberung“. Die PDS, als Mehrheitsbeschafferin hochwillkommen, soll im Alltagsgeschäft nüchterner Regierungsarbeit ihren Nimbus einbüßen, über gesellschaftliche Alternativen zu verfügen. Sie soll sich selbst „entzaubern“ als eine ganz normale, systemeingebundene und -angepaßte Partei. Das Wort Sozialismus in ihrem Namen bleibt dann allenfalls eine Art Schmuckelement, von dem nichts Bedrohliches (etwa Revolutionäres gar) ausgeht. Das Entzauberungs-Kalkül erhält übrigens seine Realisierungschance nicht allein Dank des Schweriner Regierungsmodells. Der von den sogenannten Reformern in der PDS-Führung seit langem gesteuerte Kurs zum „Ankommen“ in der Bundesrepublik, korrekter: auf Integration in das bestehende Gesellschaftssystem, bewirkt gleiches. Er unterzieht die im Programm noch als antikapitalistisch definierte PDS - nun auch Regierungspartei - einer „Läuterung“ zur Systemverträglichkeit. So sagte denn auch Holter vorausschauend, mit dem Regierungseintritt in Mecklenburg-Vorpommern sei die PDS „im politischen System der Bundesrepublik verankert“.

Die Alternative Sozialismus wird von der PDS-Spitze durch das Modell eines „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“ ersetzt. Der Mitwirkung an diesem utopischen

Versuch fällt das Aufdecken der Ursachen aller Gebrechen der heutigen Gesellschaft, also die radikale Kapitalismus-Kritik, zum Opfer. So mutiert die PDS auf dem von ihren geistigen Pfadfindern abgesteckten „Dritten Weg“ zunehmend zu einer Partei sozialdemokratischen Zuschnitts. Pioniere, die dabei vorangehen, sind inzwischen ministrabel. Der neue Schweriner Regierungschef Ringstorff pries bereits vor Beginn der Koalitionsgespräche seinen jetzigen Stellvertreter, PDS-Landeschef Holter, als „lupenreinen Sozialdemokraten“.

Wenn es gelingen sollte, die ganze Partei auf diesem Wege so mitzunehmen, wie das beim Zustandekommen der Schweriner Koalition offenbar der Fall war, dürfte das Ergebnis für die Mitglieder Mehrheit der PDS fatal sein: Die tritt zweifelsohne ehrlich für Sozialismus ein und sieht in ihm die anzustrebende gesellschaftliche Alternative. Der als Aufbruch zu einer neuen Politik gefeierte Regierungseintritt in Mecklenburg-Vorpommern ist hingegen kein Schritt in diese Richtung. Zugutekommen wird er dafür einer Entwicklung, die so manchem PDS-Genossen „politische Bauchschmerzen“ bereitet: der weiteren Sozialdemokratisierung seiner Partei.

Keine Frage - oder allenfalls eine der Zeit, wohin ein solcher Prozeß schließlich führen müßte. Da für eine Sozialdemokratie in doppelter Ausfertigung kein Bedarf besteht, kann der vorgebliche Aufbruch für eine von beiden nur in deren Entbehrlichkeit enden. Für das ältere Original ist diese Gefahr vergleichsweise gering.

Wolfgang Clausner, Schwerin

(Mit diesem Beitrag beginnt der Autor - langjähriger stellvertretender Chefredakteur der DDR-Wochenzeitung „Horizont“ - seine ständige Mitarbeit am „RotFuchs“.)

Lest und unterstützt die
linke Tageszeitung

Junge Welt

eine authentische Stimme
aus dem Osten!

RotFuchs im InterNet
Bitte neue URL beachten!

Beiträge aus dem RotFuchs können abgerufen werden von der Homepage
<http://home.t-online.de/home/DKP-Berlinno>
oder

<http://jns.de/DKP-Berlinno>

Beiträge, Meinungen und Fragen an die Redaktion können künftig auch per EMail an uns gesandt werden:

Rotfuchs.dkp-berlinno@t-online.de

Eine Ergänzung zu meinem Beitrag „Rot“? „Grün“?

Rollenspiel

Wenn Rosa Luxemburg nach dem 4. August 1914 die deutsche Sozialdemokratie als „stinkenden Leichnam“ bezeichnete, so hatte sie recht in Bezug auf das Dahinscheiden des revolutionären Charakters ihrer damaligen Partei. Hinsichtlich deren Lebensfähigkeit irrte sie indes. Die Sozialdemokratie bewegt sich nach wie vor als höchst „Untote“ durch die Welt und bleibt gefährlich.

Unbeeindruckt von der Euphorie über die neue Bundesregierung und noch weniger beglückt von der „siegreichen“ Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS in MV, aber angegruselt von jener „Heimkehr zur Sozialdemokratie“ in Italien, über die Gerhard Feldbauer in mehreren linken Zeitungen berichtete, fand ich zwischen alten Papieren unverwehte Sätze, die ich mir in vergangenen Jahren mal notiert hatte.

„In den kapitalistischen Ländern (...) ist die Sozialdemokratie entweder eine oppositionelle Partei gegenüber der Macht des Kapitals oder eine halbe Regierungspartei, die ein Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie gegen die reaktionärsten Kräfte des Kapitalismus und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung eingegangen ist, oder sie ist gänzlich Regierungspartei, die den Kapitalismus und die bürgerliche ‘Demokratie’ gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats direkt und offen verteidigt. Sie wird ganz und gar konterrevolutionär, und ihr konterrevolutionäres Wesen richtet sich gegen die Macht des Proletariats, erst nachdem diese Macht Wirklichkeit geworden ist.“ Das schrieb J.W. Stalin. Was soll daran falsch sein?

Es mag als Ergänzung zu meinem „Rot“? „Grün“-Beitrag ebenso stehen wie die Aussage einer chilenischen Antifaschistin, daß die SP ihres Landes verantwortlich ist für die Gründung des neuen Geheimdienstes „Oficina“, dem ehemalige Gegner der Diktatur Pinochets angehören, deren genaue Kenntnis der Widerstandsstrukturen heute viele Genossen die Freiheit und manche sogar das Leben kostet. (ND, 27.10.98) Oder da ist auch jener „Senor X“ in Spanien,

der an oberster Stelle hinter den Anti-ETA-Todesschwadronen der GAL stand. Das ganze Land weiß unterdessen, daß es sich bei „Senor X“ um den SPD-Zögling und ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales handelt ... Keine weitere Aufzählung an dieser Stelle.

Die Entwicklung der modernen Sozialdemokratie unter der Führung der SPD ab 1945 - nach Herausbildung des sozialistischen Lagers und den Siegen der nationalen Befreiungsbewegung - bestätigt nach meiner Ansicht Stalins Definition des Rollenspiels dieser politischen Formation. Denn seither ist die Macht der Arbeiterklasse - trotz der in Europa zeitweilig erlittenen Niederlage - nicht mehr nur in einem Land errichtet worden und sie besteht in einigen Staaten fort. Sie wird vom Imperialismus als ständige Bedrohung im internationalen Rahmen begriffen und bekämpft. Genau deshalb erfüllt die Sozialdemokratie ihrem Charakter entsprechend eine zentrale Aufgabe. Offen und direkt, geheim und vielfältig getarnt, in Lateinamerika, Afrika und Asien, im Süden Europas und in den Zitadellen. Überall anders und immer mit demselben Ziel. Wie ein Genosse aus einer Befreiungsbewegung mal sagte: „Die Umarmung durch die Sozialdemokratie ist ein Kuß des Todes“. Sie ist es hier und jetzt für alle, die keine NATO-Kriege wollen, sondern eine andere, eine antiimperialistische Politik für Frieden und Sozialismus.

Und dabei geht es, wie Genosse Helmut Carduck in seinem Brief unterstrichen hat, gerade auch um die Diskussion, das klärende Gespräch, den ehrlichen Meinungsstreit, jedenfalls das kameradschaftliche Herantreten an alle Menschen, seien sie Anhänger der Sozialdemokratie, der Grünen, Christen, Anarchisten - gleich welcher Weltanschauung oder Religion. Doch hüten wir uns zugleich davor, dabei die herrschende SPD-Politik oder den ihr angepaßten Kurs der Führung der Grünen des lieben Friedens willen zu schonen oder zu verharmlosen.

Werner Hoppe

Womit Engels zufrieden war

„Und was ist Ihr, der deutschen Sozialisten, Endziel?“

Herr Engels sah mich einige Augenblicke an und sagte dann: ‘Aber wir haben kein Endziel. Wir sind Evolutionisten, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren. Vorgefaßte Meinungen in Bezug auf die Organisation der zukünftigen Gesellschaft im einzelnen? Davon werden Sie bei uns keine Spur finden. Wir sind schon zufrieden, wenn wir die Produktionsmittel in die Hände der ganzen Gesellschaft gebracht haben, und wir wissen wohl, daß das bei der gegenwärtigen monarchistischen und föderativen Regierung ein Ding der Unmöglichkeit ist.’ ..(Friedrich Engels’ Interview mit der Zeitung „Le Figaro“, 8. Mai 1893, in: MEW 22, S. 542)

„Rezepte“ eines kommunistischen Ökonomen

Arbeitslosigkeit - unüberwindbar?

Zum ersten Mal erleben wir eine hohe Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, obwohl die Produktion nicht, wie beispielsweise zwischen 1929 und 1932, stark zurückgeht, sondern sogar noch expandiert. (Zeitweilige Rückgänge der Arbeitslosigkeit beruhen fast nur auf „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“). Die Ursache: Die wissenschaftlich-technische Revolution führt zu einer solchen Steigerung der Arbeitsproduktivität, daß Wirtschaftswachstum mit weniger Arbeitskräften erreicht wird.

Noch 1974, als in der BRD lediglich 565.000 Arbeitslose registriert waren, betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit für 75,5% nur ein bis sechs Monate, lediglich 5,2% waren ein bis zwei Jahre ohne Job. Schon 1976 zählte man nur noch 41,4% unter sechs Monaten, während bereits 17,9% der Betroffenen ein bis zwei Jahre arbeitslos waren. Wieviele heute, ob vier oder sieben Millionen schon seit Jahren ohne Arbeit sind und nie wieder welche finden dürften, wird verschleiert, verschwiegen. Zugleich wächst die Zahl der Überstunden, der billigen Schwarzarbeit, die Tätigkeit Scheinselbstständiger.

Dafür gibt es einen einfachen Weg, um Arbeitslosigkeit zu beseitigen: Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, allerdings ohne Lohnminderung sowie bei Verbot von Überstunden! Das enorme Wachstum der Arbeitsproduktivität macht das möglich, ja, erfordert es sogar. Und noch mehr: Einen bezahlten jährlichen Bildungsurlaub, denn niemand kann heute auf Dauer mit dem auskommen, was er mal gelernt hat; man braucht auch Sprachkenntnisse, um z.B. mit dem Amerikanisch der Informatik umgehen zu können.

Natürlich erfordert diese Senkung der Arbeitszeit erbitterten Klassenkampf und letztlich eine neue Gesellschaftsordnung, denn das Kapital braucht die Existenz eines Heeres von Arbeitslosen, um die ständige Senkung von Reallöhnen und Sozialleistungen betreiben zu können.

Ginge das Kapital kaputt, wenn die Arbeitszeit zu den genannten Konditionen verkürzt würde? Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde nicht nur auf dem Lande von Sonnenauf- bis untergang geschuftet. Bei 7-Tage-Woche! Nach 1871 kam dann der 12-Stunden-Tag. Ab 1890 waren es 10 Stunden täglich. Nach der Novemberrevolution von 1918 wurde die 48-Stunden-Woche eingeführt. Gingen deshalb Produktion und Profit zurück?! Oder vielleicht dann, als die 5-Tage-Woche kam und in der BRD die 35-Stunden-Woche?

Die Abgaben an den Staat entwickelten sich folgendermaßen:

	Von	
	„Arbeitnehmern“	„Arbeitgebern“
1970	28,7 Prozent	22,1 Prozent
1980	30,5 Prozent	15,8 Prozent
1995	35,8 Prozent	11,3 Prozent

35,8% trotz hoher Arbeitslosigkeit!

Es sind also nicht „Sachzwänge“, nicht „Standortprobleme“, die massenhafte Dauerarbeitslosigkeit bewirken, sondern der „Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde“ (Marx. Kapital. Band III, S. 501). Aber gerade diese Konsumtionsfähigkeit wird durch Arbeitslosigkeit und Senkung der Realeinkommen eingeschränkt.

Außer der Senkung der Arbeitszeit gibt es einen weiteren Weg, Arbeitsplätze zu schaffen. Nach jahrhundertelanger Ausplünderung Afrikas, Süd-Asiens, Lateinamerikas (die Industriestaaten führten Rohstoffe zu Niedrigstpreisen aus diesen Regionen ein und lieferten Fertigwaren zu Höchstpreisen) muß mit dem nichtäquivalenten Warenaustausch zugunsten der „Entwicklungsländer“ begonnen werden. Das schafft Arbeitsplätze in den Industriestaaten, ohne daß die Löhne dank der hohen Arbeitsproduktivität wegen niedrigerer Export- und höherer Importpreise gesenkt werden müßten. Allein die unglaublichen Milliarden-Profite der Monopole, die kaum noch wissen, wie sie ihre Gelder anlegen sollen, würden eingeschränkt. Am 14. Mai 1998 stellte Fidel Castro vor der Weltgesundheitsorganisation fest: „Wenn ... die Produktion (der Weltwirtschaft) zwischen 1950 und 1997 von weniger als 5 Billionen auf 29 Billionen (Dollar) angestiegen ist, warum sterben dann immer noch jährlich 12 Millionen Kinder unter 5 Jahren ...? Warum erblinden jährlich mehr als 500.000 Kinder wegen eines einzigen fehlenden Vitamins, dessen Beschaffung für ein ganzes Jahr weniger als eine Schachtel Zigaretten kosten würde? Warum müssen ... 17 Millionen an Infektionskrankheiten sterben, ... die rechtzeitig verhindert werden könnten, was in den meisten Fällen nicht einmal einen einzigen Dollar pro Kopf kosten würde?“

Wenn in den „Entwicklungsländern“ 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut leben, warum zeugen und gebären die Leute dann so viele Kinder? Liegt es nicht vor allem daran, daß es in diesen Ländern keine Altersrenten, keine Kranken- und Arbeits-

losenversicherung gibt, sodaß die Eltern, wenn sie alt und schwach sind, nur durch Unterstützung ihrer überlebenden Kinder versorgt werden können?

Ein nichtäquivalenter Warenaustausch zugunsten der „Entwicklungsländer“, der dort im Laufe der Zeit stabile, leistungsfähige Wirtschaftsstrukturen schaffen würde, könnte also auch die sozial bedingte Bevölkerungsexplosion stoppen. Wenn Dörfer dieser Regionen Strom und Gas hätten, hörte die Vernichtung der Regenwälder auf, die ja die einzige Energiequelle sind und heute außerdem brandgerodet werden, um Anbauflächen für Getreide und andere Feldfrüchte zu schaffen.

Bleibt die Frage, ob der Menschheit durch die Umwandlung der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft - wie die bürgerliche Presse behauptet - nicht doch die Arbeit ausgeht? Tatsächlich ist die Abnahme der Zahl industriell Beschäftigter gar nicht so gewaltig. In der BRD waren 1970 z.B. 12,9 und 1990 11,1 Millionen in der Industrie tätig, wobei die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum von 0,149 auf 1,883 Millionen stieg. In den übrigen Bereichen nahm die Zahl der Beschäftigten von 11 auf 15,9 Millionen zu. Tatsächlich werden - im Urteil der Brandenburgischen Ministerin Hildebrandt - Hunderttausende „Arbeitnehmer“ in die scheinbare Selbständigkeit gedrängt und damit dem Schutz der Sozialversicherung entzogen. Nach Angaben aus Berliner Senatskreisen belief sich die Zahl dieser Scheinselbstständigen 1996 bundesweit auf 1 Million. Konkret sind das z.B. Kraftfahrer, deren Fuhrpark die Industriekonzerne abgestoßen haben, und die sich ihren LKW mit teuren Bankkrediten haben kaufen müssen. So steht es um viele Berufe, die früher in der Industrie ausgeübt wurden. Übrigens: Was sind eigentlich Eisenbahner, Postler, Flugpersonal? Dienstleister? Und die, die Bahnen und Flugzeuge instandhalten?

Wegen der schnell steigenden Arbeitsproduktivität ist es in der Tat möglich, daß weniger Menschen in der Industrie beschäftigt werden. Das ist ein Prozeß, der jenem des 19. Jahrhunderts ähnelt, als immer weniger Bauern immer mehr Städter ernähren konnten. Waren Ende des 18. Jahrhunderts 10 Bauern nötig, um einen Städter durchzubringen, so genügt heute ein Bauer für 24 Städter.

Also: In Dienstleistungen werden künftig immer neue Arbeitsplätze entstehen. Allerdings brauchen wir keine Grundstücksmakler, Steuerberater und Werbefachleute kapitalistischen Typs, sondern Lehrer,

Fortsetzung auf Seite 11

Ein Gruß an Klaus-Dieter Baumgarten

Genau zwei Jahre ist es nun her, daß Dich der bundesdeutsche „Rechtsstaat“ auf Geheiß eines reaktionären Richters wegen angeblicher Fluchtgefahr, vom Frühstückstisch weg, verhaften und ins Gefängnis werfen ließ. Richter Föhrlig lastete Dir an, daß Du als Chef der Grenztruppen der DDR

Deine Pflicht getan hättest, und verurteilte Dich zu sechseinhalb Jahren Freiheitsentzug wegen „Totschlags“. Nach 41 Verhandlungstagen fällte er das Urteil. Bei der mündlichen Begründung des Richterspruchs ließ er seinem Haß gegen Dich und Deine Freunde auf der Zuschauertribüne freien Lauf. Die von ihm gewählten Worte offenbarten, welch Geistes

Kind dieser unabhängige und gewaltenteilende Jurist ist. Er verglich Dich - einen aufrechten Antifaschisten - mit Hitler und machte kein Hehl daraus, daß er Dich gerne lebenslang hinter Gitter gebracht hätte. Die Ursachen und Bedingungen deutscher Nachkriegsgeschichte in der Ara des kalten Krieges aber blieben in

Deinem Prozeß - wie auch in allen anderen Strafverfahren - unberücksichtigt.

Wir wissen, daß das gegen Dich ergangene Urteil auf Fremdrecht beruht, das von der bundesdeutschen Klassenjustiz an die Stelle des DDR-Rechts, das hätte Anwendung finden müssen, gesetzt wurde. Wie in allen



Hannelore und Klaus-Dieter Baumgarten

anderen politischen Prozessen gegen Bürger der DDR. Mißachtet wurde dabei das in Artikel 103 des Grundgesetzes der BRD verankerte Rückwirkungsverbot. „Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.“

Nach geltendem DDR-Recht hast Du Dich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht. Unsere Grenze wurde so gesichert, wie es überall in der Welt üblich ist. Das schließt auch den Gebrauch der Schußwaffe bei Grenzverletzungen ein. Er erfolgte aufgrund gesetzlicher Regelungen (u.a. der Ordnung Nr. 036/9/003 des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR über die Anwendung der Schußwaffe in besonderen Fällen vom 11. Dezember 1978), die weitgehend mit denen der Bundesrepublik identisch waren. Die „Taschenkarte für Posten und Streifen im militärischen Sicherheitsbereich“ (herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung der BRD, Führungsstab der Streitkräfte IV 2 vom 16. August 1982) ist übrigens auch heute noch gültig. Mit äußerst fragwürdigen juristischen Konstruktionen zur von Kinkel angewiesenen

Delegitimierung der DDR wurden seit 1990 zehntausende Frauen und Männer wegen Handlungen, die in der DDR niemals strafbar waren, gesetzwidrigen Ermittlungsverfahren, Anklagen und Urteilen unterworfen. Kriminalisierung und Rechtsbeugung am laufenden Band!

Am 31. Oktober 1998 konstatierten die Teilnehmer der Tagung des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland: „... Ein Ende dieser politischen Hexenjagd ist nicht abzusehen. Die Suche der Sonderermittler nach neuen ‘Tätergruppen’ weitet sich aus. Es werden weitere Gerichtsverfahren vorbereitet ... Auf den verschiedenen Ebenen sind Dutzende Verfahren anhängig. Viele sitzen im Gefängnis. Und die Familien widerrechtlich Angeklagter und Verurteilter geraten unter der Last hoher Geldbußen und Gerichtskosten in schwere soziale Notlagen.“

Die Teilnehmer der Tagung fragten mit voller Berechtigung: „Wie lange soll das so weitergehen? ... Die Zeit ist überreif für ein Ende der politischen Strafverfolgung.“

In verschiedenen Parteien und Verbänden organisierte Anhänger des Komitees aus Ost und West unterstützten „... alle Initiativen, die darauf gerichtet sind, mit einem Schlußgesetz oder einem ähnlichen Schritt, die politisch motivierte Strafjustiz gegen Bürger der DDR zu beenden und auch jene zu rehabilitieren, die in der Zeit des kalten Krieges in der Alt-Bundesrepublik politischer Strafverfolgung ausgesetzt waren.“ An die Abgeordneten des neuen Bundestages erging der Appell: „Lassen Sie die Wunden des erbitterten kalten Krieges zwischen Ost und West endlich heilen. Setzen Sie ein Zeichen der Versöhnung.“ Lieber Klaus-Dieter Baumgarten, Du und Deine Hannelore können gewiß sein, daß Ihr - wie auch die anderen Verfolgten - viele Freunde habt, die zu Euch stehen und sich mit Euch immer solidarisch verbunden fühlen.

Im Namen vieler Mitstreiter und Genossen
Dein Kurt Andriä

Fortsetzung von Seite 10

Krankenhauspersonal, Kulturschaffende. Wir brauchen auch keine Beamten, die laut „Tagespiegel“ vom 15.8.98 „oft schon vor dem 40. Lebensjahr in den Ruhestand gehen. ... Jeder 5. Ruheständler schied schon vor dem 50. Lebensjahr aus“, las man dort. Natürlich mit einer anderen Pension als ein Arbeiter, der mit 50 seinen Job verliert und nie wieder einen findet.

Es gibt noch viele andere Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen. Beispielsweise durch Modernisierung des Nah- und Fernverkehrs der Bahn sowie des Schienen-Gütertransports, die in den letzten Jahrzehnten stark eingeschränkt wurden. Ein Jahrhundertwerk wäre auch die Rekonstruktion der Städte, nicht durch Abriss und Neubau von Glaspalästen, sondern durch Anwendung aller schon bekannten Mittel der Isolierung und Regulierung des Energieverbrauchs.

Das alles sind keine Phantasien eines kommunistischen Nostalgikers. Es wird harten Kampfes bedürfen, um auf solchem Wege voranzukommen. Denn „Profit macht süchtig. Freiwillig rückt im Kapitalismus kaum jemand von Privilegien ab“, schrieb am 5. Juni 1998 der „Tagesspiegel“. So ist es. Ein sinnvolles Arbeitsleben ohne Hunger, Not und Obdachlosigkeit ist gewiß erst im Sozialismus möglich.

Walter Florath

**Die DKP Berlin-Nordost lädt für
Dienstag, den 22. Dezember 1998, 19 Uhr, ins alte ND-Gebäude,
Franz-Mehring-Platz 1, zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ein.**

**Thema: Muß eine Revolution geschützt werden?
Zur Rolle der Sicherheitsorgane im Sozialismus**

Es spricht

GENOSSE PROF. DR. WILLI OPITZ,

Generalmajor a.D. und ehemaliger Rektor der MfS-Hochschule Potsdam-Eiche

Essener Initiativgruppe leistet Riesenarbeit

Wider den Unrechtsstaat

Am 16. Juli 1990 antwortete die SPD-Politikerin und Rechtsexpertin ihrer Partei Dr. Herta Däubler-Gmelin auf ein Schreiben der am 16. November 1988 - vor zehn Jahren - durch Werner Cieslak und andere Verfolgte in Westdeutschland gegründeten Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges:

„Die politische Strafjustiz vor allem der 50er Jahre ist ein dunkler Tatbestand der hiesigen Strafjustiz. (...) Unsere Linie war es immer, daß die politische Motivation einer Straftat nicht deren eigentlichen strafrechtlichen Charakter ausmachen darf. Ein solches Gesinnungsstrafrecht führt in die Irre... (...) Aufgabe einer verantwortungsvollen Gesetzgebung ist, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob sich die unter einer besonderen Situation beschlossenen Rechtsnormen bewährt haben oder ggf. überprüft werden sollten. (...) Leider ist diese Aufgabe z.Zt. nicht mehrheitsfähig. Gleichwohl werden wir in unseren Anstrengungen um eine Korrektur nicht nachlassen.“

Unmittelbar nach ihrer Vereidigung als Justizministerin des Schröder-Kabinetts gratulierte der Geschäftsführer der Initiativgruppe, Karl Stiffel, Frau Däubler-Gmelin und erinnerte sie an ihre Zeilen aus dem Jahre 1990. „Mit den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im 14. Deutschen Bundestag könnte Ihre damalige Position Zustimmung finden. Wir hoffen darum, daß die neue Parlamentsmehrheit - auch im Hinblick auf die bevorstehenden 50. Jahrestage der Verabschiedung des Grundgesetzes und der Gründung der Bundesrepublik - den Weg zu einer neuen Politik beschreitet, die die Rehabilitierung der politisch Verfolgten aus der Zeit des kalten Krieges einschließt und eine politische Justiz als Mittel innenpolitischer Auseinandersetzung aus dem Leben unseres Landes verbannt.“

Auf welche Tatsachen und Ereignisse sich die umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit der Initiativgruppe (Sitz Essen), die bisher 59 informative Rundbriefe versandt, vier zentrale Treffen durchgeführt und Kontakte auch zu Gewerkschaftskreisen hergestellt hat, bezieht, sei kurz dargestellt.

Ab 1949 setzte - im Zuge der Wiederherstellung der Macht des deutschen Imperialismus und der beginnenden Remilitarierung Westdeutschlands - unter der rechtskonservativen Adenauer-Regierung eine Welle scharfer Repression ein. Sie dauerte bis 1968 und führte die BRD aller Welt als Unrechtsstaat vor. Die Spitze des Staats-terrors richtete sich gegen die KPD und mit ihr befreundete Organisationen wie die DSF, die FDJ, den Demokratischen Frauenbund und den Demokratischen Kulturbund. Doch auch zahlreiche andere Antifaschisten, dar-

unter Gewerkschafter und linke Sozialdemokraten wie der führende SPD- und DGB-Funktionär Dr. Victor Agartz waren betroffen und wurden von der mit schwerbelasteten Nazi-Richtern und -Staatsanwälten vollgestopften BRD-Justiz hart verfolgt. Nach dem seit 1951 von der Bundesregierung angestrebten und am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ausgesprochenen KPD-Verbot (es zog die Beschlagnahme des gesamten Parteivermögens nach sich) wurden gegen etwa 200 000 BRD-Bürger polizeiliche oder gerichtliche Ermittlungen eingeleitet. Mittelbar waren sogar rund 500 000 Menschen betroffen. Hatte der Adenauer-Staat schon vor dem KPD-Verbot mehr als 3 000 antifaschistische politische Gegner ins Gefängnis geworfen, so setzte nun eine Prozeßlawine ein, bei der insgesamt etwa 10 000 Personen zu teilweise mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Der besondere Haß der Polizeiorgane, der Justiz und der in der BRD politisch Verantwortlichen richtete sich gegen jegliche Kontaktaufnahme mit der DDR. Schon die Organisation einer einfachen Ferienreise für Arbeiterkinder dorthin hatte empfindliche Strafen zur Folge. Die Urteile gegen westdeutsche Antifaschisten waren oft mit Geldbußen, Nebenstrafen und Polizeiaufsicht verbunden. Später kamen Rentenverluste hinzu. Die Eingliederung in das normale Berufsleben blieb vielen Verfolgten verwehrt. Vor den Gerichten des Bonner Unrechtsstaates lieferten Strafverteidiger wie Dr. Heinrich Hannover und Dr. Dieter Posser - später nordrhein-westfälischer SPD-Justizminister - den Anklägern mutige Schlachten.

1968 entstand in der BRD eine neue politische Konstellation. Außerparlamentarische Aktionen nahmen ein bis dahin ungekanntes Ausmaß an. Hinzu kam die internationale Isolierung des rechtslastigen Staates: Nur in den faschistischen Staaten Spanien, Portugal sowie im Griechenland der Schwarzen Obristen gab es keine legalen kommunistischen Parteien. Selbst in der Türkei war damals die Arbeiterpartei zugelassen worden. Während der Staat das widerrechtliche Verbot der KPD aufrechterhielt, gestattete er die Neukonstituierung der DKP.

Doch schon ab 1972 erfuhr das politische Strafrecht als Reaktion auf den Aufschwung der Studentenbewegung und später zur Bekämpfung der auf bewaffneten Widerstand gegen den Imperialismus setzenden RAF eine neue Verschärfung. Es gab Hunderttausende Überprüfungen durch den „Verfassungsschutz“ - die politische Geheimpolizei der BRD - und tausendfache Berufsverbote nach dem berüchtigten, bis heute nicht außer Kraft gesetzten „Radikalerlaß“ der Ministerpräsidenten der Län-

der. Die Aktionen der RAF lösten einen völlig inadäquaten Anti-Terror-Reflex des Staates und seiner Justiz aus. Sondereinheiten wurden gebildet, Sondergesetze erlassen, inhumane Sonder-Haftbedingungen (Stichwort: Stammheim) eingeführt. Bald gerieten neue Gegner ins Fadenkreuz der Repressiv-Organen: die Friedensbewegung, die Autonome Antifa und die Anti-Atomenergie-Bewegung.

Gegen Rechts wurden die gewaltigen Mittel des Staates allerdings fast nicht eingesetzt. Das Initiativkomitee für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges, dem eine Reihe damals Verfolgter wie der bereits von den Nazis zu langjähriger Haft verurteilte und unter Adenauer erneut für mehrere Jahre ins Gefängnis geworfene Kurt Baumgarte angehört, hat besonders nach seinem Lüneburger Treffen im September 1993 eine große Arbeit geleistet. Dazu gehörten u.a. Petitionen an Länderparlamente und Bundestag, ein erfolgreiches Auftreten vor dem niedersächsischen Landtag, dessen das Anliegen des Initiativkomitees unterstützender Mehrheitsbeschluß allerdings von Ministerpräsident Schröder nicht mitgetragen wurde, vielfältige Aktivitäten der Mitglieder an Orten früherer Einkerkung und eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der im Osten wirkenden Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung (GRH). Seit Beginn der Hexenjagden gegen frühere DDR-Bürger, denen die Verteidigung des Sozialismus angelastet wird, hat ihnen das Komitee auf beispielhafte Art seine Solidarität erwiesen. Im Bemühen um Rehabilitierung der Opfer und ein entsprechendes Gesetz haben Mitglieder der bisherigen PDS-Bundestagsgruppe - vor allem Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer - im 12. und 13. Bundestag wichtige Schritte unternommen. Für eine neue Eingabe des Komitees an den 14. Deutschen Bundestag sind bis Ende Oktober 7 773 Unterschriften gesammelt worden.

Bei der Hamburger Begegnung im Juni 1998 stellte Genosse Heuer den gesamtdeutschen Kontext juristischer Verfolgung Andersdenkender her: „Wenn es den Regierenden gilt, ihr politisches Konzept - in diesem Fall die Kriminalisierung der DDR als Unrechtsstaat und die Verklärung der Bundesrepublik als ideales rechtsstaatliches Gemeinwesen - durchzuziehen, dann wird nach allen Regeln der politischen Kunst die Wahrheit geleugnet und verfälscht.“

Warten wir ab, ob sich Frau Däubler-Gmelin noch an ihre Erkenntnisse aus dem Jahre 1990 zu erinnern vermag - und ob sie es darf. Unabhängig davon - der Kampf geht weiter. Im Westen wie im Osten.

R.F.

Herzlichen Glückwunsch dem treuen Antifaschisten und Kommunisten, Genossen Heinz Keßler, zu seiner Entlassung aus politischer Haft.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz, langjähriger Direktor des Instituts für Strafrecht der Berliner Humboldt-Universität, hat den nachfolgenden Beitrag für „RotFuchs“ geschrieben.

Juristische Aspekte des „Falls“ Heinz Keßler Wer bricht und beugt das Recht?



Heinz Keßler

Die Freilassung Heinz Keßlers, des langjährigen Ministers für Nationale Verteidigung der DDR, ist Veranlassung, an die Entscheidungen bundesdeutscher Gerichte zu erinnern, die BRD-Strafvollstreckungsbehörden die juristische Grundlage für seine langandauernde Inhaftierung lieferten. Heinz Keßler war von BRD-Strafverfolgungsbehörden vorgeworfen worden, als Mitglied des Rates für Nationale Verteidigung der DDR und als deren Verteidigungsminister am „Zustandekommen“ der Beschlüsse und Befehle beteiligt gewesen zu sein, die die Sicherung der DDR-Staatsgrenze zur BRD, einschließlich des Schußwaffengebrauchs und des Einsatzes pioniermäßiger Mittel an dieser Grenze, in deren Gefolge es zu Todesfällen an der „Mauer“ kam, regelten. Übrigens mußte das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich einräumen, daß jedenfalls „die gesetzlichen Vorschriften der DDR, soweit sie den Schußwaffengebrauch an der innerdeutschen Grenze regelten, den ... Vorschriften der Bundesrepublik ... im Wortlaut entsprechen“, also rechtsstaatlich gefaßt sind.

Weil sich somit aus den dahingehenden DDR-Vorschriften nichts Strafbares ableiten ließe, wurde der Wahrheit zuwider behauptet, daß die an sich untadelige Gesetzeslage von „böartigen Befehlen überlagert war“. Nur Derartige Befehle, auch der sog. Schießbefehl, konnten nicht vorgelegt werden, weil es solche nicht gab. Die Verurteilung Heinz Keßlers beruht somit zunächst schon auf einer der Realität widersprechenden - also unwahren - Tatsachengrundlage bzw. -feststellung durch die erste Instanz.

Nach dem Einigungsvertrag, im Einklang mit Art 103 Abs 2 Grundgesetz (GG), den einschlägigen Menschenrechtskonventionen und dem bundesdeutschen Strafbuch durfte das Verhalten Heinz Keßlers unter dem Gesichtspunkt einer evtl. Strafbarkeit nur am Recht der DDR als dem zur „Tatzeit“ am „Tatort“ geltend gewesenen Recht gemessen und nach diesem beurteilt werden. Nach DDR-Recht hat sich aber Heinz Keßler nicht strafbar gemacht.

Seine Verurteilung erfolgte entgegen diesem DDR-Recht, contra legem, unter Verletzung des Grundgesetzes (Art. 103 Abs. 2) und der beiden Menschenrechtskonventionen: Art. 7 der Europäischen (EMRK) und Art. 15 der Internationalen (IPPR). Die bundesdeutschen Gerichte haben zunächst schon die nach breiter demokratischer Beratung durch **Volksentscheid** der Staatsbürger der DDR am 6. April 1968 angenommene DDR-Verfassung negiert und die vorliegend maßgebliche Vorschrift Art. 7 geflissentlich beiseite geschoben. Dieser Art. 7 gebot nämlich (in der Fassung vom 7. Oktober 1974) den Staatsorganen der DDR, „die territoriale Integrität“ der DDR und „die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen zu gewährleisten“. Sämtliche Beschlüsse und Befehle, die Heinz Keßler von bundesdeutschen Gerichten als „Mord“ bzw. „Totschlag“ zur Last gelegt wurden, waren in Erfüllung dieses Verfassungsauftrages ergangen.

Des weiteren mißachteten die Gerichte alle grundlegenden Vorschriften des DDR-Strafrechts. Heinz Keßler hatte gemäß dem ihn bindenden Verfassungsauftrag im Sinne des DDR-Rechts gesellschafts- und pflichtgemäß sowie verantwortungsbewußt gehandelt.

Auch die DDR-Vorschrift über Täterschaft und Teilnahme (§ 22 StGB/DDR) wurde vom BGH in besonders krasser Weise verletzt. Das LG Berlin hatte in seinem Urteil hinsichtlich der Frage täterschaftlichen Handelns in soweit zutreffend erkannt, daß auch Heinz Keßler kein Täter war (er hat ja nicht eigenhändig von der Schußwaffe Gebrauch gemacht oder Minen verlegt) und zwar auch kein „mittelbarer Täter“ (§ 22 Abs 1 StGB/DDR), weil nach bundesdeutscher Rechtssprechung die betreffenden „Grenzsoldaten“ für diese Taten selbst verantwortlich sind. Nachdem BRD-Gerichte einfache DDR-Grenzsoldaten wegen ihres legitimen Schußwaffengebrauchs rechtsfehlerhaft als unmittelbare Täter eines Totschlages verurteilt hatten, war von ihnen selbst der Weg juristisch verbaut worden, deren Vorgesetzte als (mittelbare) Täter zu verfolgen.

Da das LG Berlin Heinz Keßler nicht als Täter meinte verurteilen zu können, verfiel es darauf, ihn wegen **Anstiftung** zu verurteilen. Auch das lag nach DDR-Recht nicht vor. **Der Sache nach handelt es sich - über**

die vorgenannte generelle Mißachtung des DDR-Rechts hinaus - auch bei der Bejahung einer Anstiftung um einen beispiellosen direkten Verstoß gegen das DDR-Gesetz.

Der BGH ging in seinem Revisionsurteil in der Negierung des DDR-Rechts noch weiter. Er verurteilte Heinz Keßler als **Täter eines Totschlages!!** Wie ging das, wo doch das LG Berlin zutreffend erkannte, was auch der BGH bestätigte, daß er nach DDR-Recht kein (mittelbarer) Täter sein kann? Der BGH überrascht zur Begründung der Verurteilung Heinz Keßlers dadurch, daß er ganz offen **bundesdeutsches Recht**, also fremdes Recht, zur Anwendung brachte. Die dieser Entscheidung zugrundeliegende, recht komplizierte juristische Konstruktion kann hier nicht dargestellt werden. Es muß genügen, darauf hinzuweisen, daß, wie bereits vermerkt, nach dem eindeutigen Wortlaut des DDR-Rechts mittelbare Täterschaft dann und deshalb nicht vorliegen kann, wenn und weil der unmittelbar Handelnde, so der Grenzsoldat, (wie die bundesdeutschen Gerichte befanden) Täter sei. Im BRD-Strafrecht (§ 25 Abs 1 StGB) hingegen fehlt diese Eindeutigkeit. „Der Gesetzgeber hat“ das „bewußt offengelassen“, heißt es im BGH-Urteil.

Diesen Umstand nutzte der BGH aus, um gegen Heinz Keßler u. a. ausgerechnet eine dem **DDR-Recht zutiefst fremde** und seitens der DDR seit eh und jeh abgelehnte, aus der sog. subjektiven Teilnahmelehre des Reichsgerichts abgeleitete Konstruktion anzuwenden. Diese stellt nicht auf das objektive Handeln (Schießen, Minenverlegen pp) des Betreffenden ab, sondern auf eine **subjektive Bewertung durch den Richter**, wenn dieser meint, daß beim Angeklagten ein „Täterwille“ und eine „Tatherrschaft des Hintermannes“ bestanden usw., dann sei er als Täter schuldig. Auf diese Weise entscheidet über Schuld und Nichtschuld nicht das vor Gericht erwiesene Tatgeschehen, sondern die geistige Konstruktion im Kopf des Richters, letztlich sein Vorurteil, gegen das man sich mit Tatsachen und Sachargumenten nicht wirksam verteidigen kann.

Selbstverständlich blenden die BRD-Gerichte vollständig die regelmäßig entscheidende Tatsache aus, daß die betreffenden **Grenzverletzer ganz genau wußten, was**

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

sie taten, in welche Gefahr sie sich begaben, und daß sie unter einem außerordentlich hohen Risiko selbstmörderisch handelten. Sie waren hinreichend durch Warnschüsse, Schilder usw. darauf aufmerksam gemacht worden und hatten sich dennoch ganz bewußt in Lebensgefahr begeben. Übrigens: All jene Grenzverletzer, welche ihr Vorhaben dann aufgaben, haben ihr Leben retten können! Dieses lag also in ihrer Hand! Juristisch stellt sich ein derartiges Verhalten der Opfer, was sonst ganz unbestritten ist, als ein Umstand dar, der - abgesehen von allem anderen - eine strafrechtliche Verantwortlichkeit derer ausschließt, die handeln mußten.

Es soll in diesem Beitrag außer Betracht bleiben, welchen Anteil offizielle Stellen der BRD an der Förderung der oft tragisch endenden Grenzverletzungen hatten, daß diese von ihnen in den verschiedensten Formen inszeniert wurden, daß es unter normalen Nachbarschaftsverhältnissen zwischen der DDR und der BRD, einschließlich der Anerkennung der DDR-Staatsbür-

gerschaft, keiner derartigen Sicherung an der DDR-Westgrenze zum Zwecke der Verteidigung der legitimen Interessen bedurft und sie auch nicht gegeben hätte.

Das **Bundesverfassungsgericht** setzte schließlich der dargelegten krassen Gesetzswidrigkeit, vor allem des BGH-Urteils, die Krone auf. Es erkannte, gegenüber DDR-Bürgern, namentlich gegenüber Hoheitsträgern der DDR, gilt das **Rückwirkungsverbot** des Art. 103 Abs. 2 GG (gleichlautend der vorerwähnten Bestimmungen der betreffenden Menschenrechtskonventionen) nicht; sie stehen insoweit nach bundesdeutschem Rechtsverständnis außerhalb des Gesetzes! Obzwar die das Rückwirkungsverbot regelnde Vorschrift des GG ganz einfach und unmißverständlich, keine Ausnahme zulassend, gefaßt ist und sich durch eine strikte Formalisierung auszeichnet, kreierte das Bundesverfassungsgericht, das doch die Einhaltung der Verfassung zu sichern hat, eine im Grundgesetz nicht vorgesehene Ausnahme: Das Rückwirkungsverbot gelte nicht für DDR-Bürger, weil ihr Staat - wenn auch völker-

rechtlich anerkannt - ein Unrechtsstaat gewesen sein soll, der zu „schwerstem kriminellen Unrecht“ aufgefordert habe.

Solches ist im übrigen deshalb besonders bemerkenswert, weil die Bundesregierung zu Art. 7 Abs. 2 EMRK, der die gebotene strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen ermöglichen sollte, einen Vorbehalt dahingehend machte, daß in der BRD das Rückwirkungsverbot des Art. 103 Abs. 2 GG unverkürzt, also ausnahmslos, gelte. Nach der Entscheidung des BVerfG tritt die Ungleichbehandlung von DDR-Bürgern nicht nur gegenüber „Altbundesbürgern“, sondern sogar gegenüber NS-Verbrechern (!) besonders deutlich und entlarvend zu Tage.

Mit seiner Entscheidung sanktionierte das BVerfG den Rechtsbruch des LG Berlin und des BGH, der nicht nur in der Negierung und Verletzung des maßgeblichen DDR-Rechts besteht, sondern auch in einem Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG und gegen die vorgenannten Menschenrechtskonventionen, der also **menschenrechtswidrig** ist. □

Rezension aus der Haftanstalt:

Trübe Stunden aufgehell



Armin Stolper ist den Lesern der UZ und des „RotFuchs“ kein Unbekannter, brach er doch erst in „RotFuchs“ Nr. 8 eine Lanze für die Kultur. Und weil nach seiner - und nicht nur seiner - Meinung „unser marxistisches Tun die Kategorie der Heiterkeit nicht geringschätzt“, auch Ironie, Satire, geschliffener Stil nottun, hat er sich darangemacht,

es in die Tat umzusetzen. Zwei Büchlein sind dabei herausgekommen. Ersteres: „Rabenfrühstück à la carte“ (1997).

Ich bin kein professioneller Rezensent. Wenn ich mich dennoch darauf einlasse, das Buch kurz zu besprechen, dann deshalb, weil ich zu ihm unter meinen momentanen Lebensbedingungen eine besondere Beziehung gewonnen habe. Da wird nichts schön geredet und nichts schlechtgemacht. Ob in einem Spiel das Problem gestaltet wird „Was machen wir mit denen, die sich aus uns nichts machen?“ (DDR), ob in der Aufzählung von Ehrungen, die Albert Schweitzer in der DDR erfuhr; ob in den Gedanken über eine Rede des damaligen Präsidenten der Akademie der Künste der DDR, Konrad Wolf, oder ob in „Blick zurück ohne Zorn“ - der Autor macht's, daß neben dem weinenden auch immer ein lachendes Auge bleibt.

Mir hat es Verdrießlichkeiten wegge wischt, trübe Stunden aufgehell, Lust am Leben zurückgegeben.

Und ein ganz neues kleines Buch ist jetzt gefolgt, von dem der Autor sagt, es sei ein „rotes Buchel und dies nicht nur von außen“

Stolper, Rabenfrühstück à la carte, GNN-Verlag, ISBN 3-929994-86-0, 19,80 DM.

Stolper, Der Euro, die Auto-Kalypse und andere Weltuntergänge, GNN-Verlag, ISBN 3-9327-25-53-0, 19,80 DM.

Zwei schöne Weihnachtsgeschenke! Danke, Armin Stolper.

Gerda Klabuhn, VAF Reinickendorf



Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (2)

Was ist Leninismus?

Marxismus ist ja noch salonfähig, soweit er seines revolutionären Inhalts beraubt und auf eine unverbindliche liberale ökonomische Betrachtungsweise und Methode reduziert wird. Als solche hat er längst Eingang in den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb gefunden und darf auch mal zitiert werden. So kann sich jeder kleinbürgerliche Dutzend-Politiker als „Marxist“ bezeichnen.

Mit dem Leninismus verhält es sich anders. Die theoretischen Auffassungen Lenins als Weiterentwicklung der revolutionären Marx'schen Theorie unter den Bedingungen des Imperialismus, der proletarischen und kolonialen Revolutionen lassen sich nicht in den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb integrieren und schon gar nicht als theoretische Fundierung bürgerlicher Politikge- bzw. mißbrauchen. Lenin als Stammvater des „demokratischen Sozialismus“? - das wäre selbst für gestandene Geschichtsklitterer ein Ding der Unmöglichkeit. So wird der Leninismus von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Publizisten und Politikern ignoriert oder desavouiert als a) „Stalinismus“, b) rein „russische Angelegenheit“, c) „Bruch mit dem Marxismus“. Eine Verbindung des Marxismus mit dem Leninismus zum Marxismus-Leninismus sei daher unwissenschaftlich. Es gäbe keine Einheit von beiden, es gäbe keinen Leninismus.

Zwei Fragen:

1. Was ist neu bei Lenin gegenüber Marx?
2. Hat der Leninismus heute - 75 Jahre nach Lenins Tod - noch Bedeutung für revolutionäre Politik?

Zu 1: Neu ist die Imperialismus-Theorie, die Marx (gestorben 1883) nicht ausarbeiten konnte. Engels (gestorben 1895) hat in Ansätzen in seinen Spätschriften und Altersbriefen Elemente einer Imperialismus-Theorie antizipiert. Sie bilden die „Nahtstelle“ vom Marxismus zum Leninismus. Das Verhältnis von proletarischer und kolonialer Revolution, die Theorie der nationalen und kolonialen Frage, bei Marx und Engels in der politischen Publizistik zwar vorhanden, wie auch im Kapitalwerk, wurden erst von Lenin - und auch von Stalin - ausführlich unter den Bedingungen des Imperialismus ausgearbeitet.

In der Parteitheorie nahm die Organisationsfrage bei Lenin einen bedeutend höheren Stellenwert ein als bei Marx. Dies erklärt sich aus den unterschiedlichen Anforderungen an die Partei: Im 19. Jahrhundert ging es um die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterklasse, die Schaffung einer internationalen Arbeiterbewegung. Die sozialistische Re-

volution stand noch nicht auf der Tagesordnung. Die Verschmelzung der ökonomischen Macht der Monopole mit den politischen Institutionen des imperialistischen Staates, die Aggressivität seiner Machtorgane nach innen und außen sowie die Entstehung des Revisionismus als neuartige Erscheinung der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung stellten dann aber qualitativ höhere Anforderungen an die Partei. Der Leninismus bildete sich nicht zuletzt im Kampf gegen Revisionismus und Reformismus heraus.

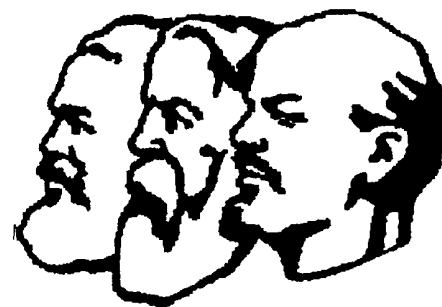
Groß sind auch die Verdienste Lenins um die Weiterentwicklung der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie sowie sein Beitrag zur Durchleuchtung des linksradikalen Sektierertums.

Zu 2: Die bekannten fünf Merkmale des Imperialismus sind nach wie vor gültig:

1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht haben, daß sie Monopole entstehen läßt, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehen einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses Finanzkapitals;
3. Kapitalexport, der im Unterschied zum Warenexport besonders an Bedeutung gewinnt;
4. Herausbildung internationaler Monopolistenverbände, die die Welt unter sich aufteilen;
5. Abschluß der territorialen Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte. (LW, 22/270 f)

Heute haben sich diese Merkmale quantitativ und qualitativ verstärkt, sind aber nicht aufgehoben: siehe MAI, NATO, EU, EURO, die gegenwärtige Fusionswelle zur Herausbildung von super-transnationalen Konzernen und Banken. Der Kampf um die Neuaufteilung von Einflußgebieten, Märkten und Rohstoffquellen schließt Kriege - in welchen Formen, Umfängen und mit welcher Intensität auch immer - ein.

Die nationale und koloniale Frage hat unter den Bedingungen des heutigen Neokolonialismus einen neuen Stellenwert erhalten. Die nicht gleichberechtigten Weltwirtschaftsbeziehungen haben zu einer enormen Ausbeutung von Ländern der Dritten Welt geführt, wie es sie zu Zeiten Lenins noch nicht gab. Der Hunger als soziale Erscheinung, der jährlich Millionen und Abermillionen Menschen zum Opfer fallen, ist ein neues Begleitphänomen des neoliberalen Weltwirtschaftssystems. Folglich haben auch die Beziehungen zwischen dem revolutionären Kampf der Ar-



beiterklasse in den Metropolen und den national-revolutionären Kämpfen in der Dritten Welt - der proletarische Internationalismus - einen höheren Stellenwert erhalten. Der theoretische Gehalt der Schriften Lenins und Stalins zur nationalen und kolonialen Frage ist in diesem Zusammenhang nach wie vor von hohem Wert.

Die Leninsche „Partei neuen Typus“ ist im Kampf gegen den Revisionismus Bernsteins als einer internationalen Strömung entstanden, als ein Zurück zur Marx'schen revolutionären Partei. Sie ist wohl auch deshalb bei allen reformistischen und bürgerlichen „Parteitheoretikern“ verschrien. Für die zu erwartenden revolutionären Kämpfe des 21. Jahrhunderts bleibt sie von aktueller Bedeutung. Natürlich ist die Parteifrage den jeweiligen konkret-historischen Bedingungen entsprechend immer wieder neu zu beantworten. Sie steht in islamischen Ländern anders als in Lateinamerika oder in der Republik Südafrika, in Rußland wieder anders als in China. Aber ihr Wesen als revolutionäre kommunistische Partei, die sich die Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung als Ziel stellt, bleibt bei allen nationalen und regionalen Unterschieden gleich. Ihre Organisation wird nach den Prinzipien der Leninschen Parteitheorie aufgebaut sein müssen.

Lenin betrachtete den Marxismus nicht als etwas „Abgeschlossenes“ und „Unantastbares“, sondern als „das Fundament der Wissenschaft“, das „die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen.“ (LW, 4/205 f) Das gleiche läßt sich heute für den Leninismus sagen.

Eine kommunistische Partei, die in ihren Dokumenten auf den Marxismus-Leninismus als theoretische Grundlage ihrer Politik verzichten zu können glaubt, läuft Gefahr, in Reformismus abzugleiten. Ohne revolutionäre Theorie gibt es nun mal keine revolutionäre Praxis.

Ulrich Huar

Leseempfehlung: Lenin. Was tun?
LW, 5, Seiten 357 bis 529.

Reporterskizzen (7)

Azorianische Abenteuer

Sommer 1978. Das Arbeitessen im Garten der Lissaboner Residenz São Bento verlief in freundlicher Atmosphäre. Der Gastgeber, Portugals rechtssozialistischer Ministerpräsident Mário Soares - ein Zögling der SPD-nahen Friedrich-Ebert Stiftung und Feind Nr. 1 der am 25. April 1974 eingeleiteten Nelkenrevolution - war in bester Geberlaune. Eigenhändig hatte er bei dem vorangegangenen Gespräch im Platanenschatten den Mundschenk gespielt und seine sieben Gäste mit Aperitifs und Salzgebäck bewirtet. Einmal im Jahr empfing der Premier - als Wegbereiter der Konterrevolution bei der Linken verhaßt - die Leitung des Vereins der in Lissabon akkreditierten Auslandskorrespondenten. Da in seiner aus oberflächlichen jungen Karrieristen der PS bestehenden Umgebung schlecht recherchiert wurde, hielt mich Soares ohne mein Zutun für einen „befreundeten bundesdeutschen Journalisten“.

Bei dem Essen in São Bento hatte Lácio Costa, der Pressereferent der Parteizentrale, den Platz neben mir eingenommen. Der schmächtige Mann war sehr gesprächig. „Sie können sich nicht vorstellen, wie dankbar wir Ihrem Land für all die Hilfe sind. Allein hätten wir die Kommunisten nie im Schach halten können. Aber schließlich sitzen wir ja im selben Boot“. Ich verspürte das in mir aufsteigende Verlangen, ihm ein paar in die Schnauze zu hauen, blieb aber äußerlich ruhig und ließ den Irrtum gewähren. Dann bat ich Lácio Costa sogar um einen Gefallen. Ich flöge in wenigen Tagen auf die Azoren und bäte ihn, der dortigen Leitung der PS mein Kommen sowie die Bitte um Hilfe und freimütige Auskunft zu signalisieren. „Für unsere Freunde tun wir alles“, versicherte der junge Parteiaufsteiger eifertig.

Diese Voranmeldung schien mir neben meinen Kontakten zur azorianischen Regionalorganisation der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) besonders wichtig, wußte ich doch, daß der vulkanisch entstandene, aus neun Inseln bestehende und „auf halbem Wege“ zwischen Europa und Amerika gelegene Archipel gerade Schauplatz schlimmer faschistischer Attentate und Exzesse war. Nicht nur die auf einigen Inseln - besonders S. Miguel - in tiefer Illegalität kämpfende PCP, sondern selbst die über etliche Azoren-Abgeordnete in der Versammlung der Republik verfügende PS war scharfem Terror ausgesetzt. Erst kürzlich hatte der rechte Mob den PS-Minister Almeida Santos bei einem Besuch in Ponta Delgada auf S. Miguel angegriffen, mißhandelt und zur sofortigen Abreise gezwungen.

Hinter den Gewalttaten stand die sogenannte Befreiungsfront der Azoren (FLA), deren Führer, der Gymnasiallehrer José de Almeida, ein ehemaliger Deputierter des faschistischen

Scheinparlaments, zugleich auch offen als Mann der CIA gehandelt wurde. Proklamiertes Ziel der FLA-Banditen, die zu jener Zeit durch eine Vielzahl von Bombenanschlägen auf sich aufmerksam machten, waren der Kampf gegen den „portugiesischen Kolonialismus“ (die Azoren wurden unbesiedelt entdeckt) und die Abtrennung der strategisch bedeutsamen Inselgruppe für den Fall, daß die Revolution auf dem Festland doch noch siegen sollte.

Übrigens erwiesen sich die bei dem Essen in São Bento geknüpften Bande zu Lácio Costa als sehr nützlich. Er hatte meinen Besuch tatsächlich nach Ponta Delgada „durchgestellt“. Im nur wenig später von der FLA in die Luft gejagten PS-Parteihauptquartier am Canto da Fontinha wurde ich durch den Parlamentsabgeordneten João Luís Medeiros mit großer Herzlichkeit begrüßt. Bald schon hörte ich die mir bekannte Melodie vom „selben Boot“, in dem wir saßen, von der „freien Welt“, der wir gemeinsam zugehörten usw. Als der Hausherr dann aber die PCP als „FLA mit umgekehrten Vorzeichen“ zu bezeichnen wagte, lüftete ich das Visier und verbat mir jede Verleumdung meiner kommunistischen Genossen. „Ich habe große Achtung vor der antifaschistischen Haltung Ihrer Partei auf den Azoren und erwarte, daß Sie dem Antifaschismus der PCP - über ideologische Grenzen hinweg - Respekt zollen“, sagte ich gewollt scharf. Zehn Minuten lang herrschte nun Feinfrost. Dann brach ich selbst das Eis. „Sie haben eigentlich recht, João Luís“, wärmte ich das Klima an. „Wir sitzen tatsächlich im selben Boot: Sie sind Antifaschist und ich bin es auch. Trinken wir auf das Gemeinsame!“ Dabei streckte ich ihm das gefüllte Glas entgegen. Es folgte ein dreistündiges offenes und in manchen Fragen sogar solidarisches Gespräch.

Daran mußte ich denken, als ich Medeiros und andere Politiker von den Azoren und Madeira, die einer von mir übermittelten Einladung der Liga für Völkerfreundschaft der DDR gefolgt waren, zwei Jahre später beim Rundgang durch die Gedenkstätte Ravensbrück begleitete. Mit einem Kugelschreiber der Friedrich-Ebert-Stiftung trug sich der Sozialist namens der Delegation ins Gästebuch ein: „Wir danken dem antifaschistischen Deutschland für dieses Mahnmal“. Bleibt noch die Sache mit José de Almeida. Als ich die Genossen der PCP auf S. Miguel, die sich für meine Sicherheit verantwortlich fühlten, in den Plan einweihte, ausgerechnet den Boß der Bombenwerfer zu interviewen, zeigten sie sich beunruhigt. Das sei ein gefährliches Unterfangen. Erst unlängst hätten FLA-Leute einen „Iswestija“-Korrespondenten brutal zusammengeschlagen. Die

„Befreiungsfront“ sei zwar pro forma verboten und befände sich nach Lissaboner Lesart sogar „im Untergrund“, beherrsche aber in Wirklichkeit die ganze Stadt. „Wo treffe ich ihn?“, wurde ich konkret. „Er promenierte abends immer mit seinen Leibwächtern - zwei Ex-Offizieren der Rangertruppen - auf dem Uferboulevard“. Tatsächlich begegneten wir dem Terroristen-Trio dann mitten auf der Praça Gonçalo Velho, dem zentralen Platz Ponta Delgadas. Meine Begleitung verschwand wie im Nebel und ich stand José de Almeida, dessen Visage ich bereits auf unzähligen FLA-Plakaten gesehen hatte, Auge in Auge gegenüber. An seiner Seite befanden sich die mir avisierten hünenhaften Bur-schen. Ich wollte „das Wasser von der Quelle holen“ und mich nicht aus Berichten seiner Gegner über ihn informieren, begann ich, wobei ich mich korrekt als Korrespondent der Zeitung „Neues Deutschland“ („Deutschland, Deutschland über alles“ und „Bundesrepublik Deutschland“ müssen die Assoziationen des FLA-Führers gewesen sein) und Leitungsmitglied der Auslandspressevereinigung vorstellte. Ich wollte eine ganz große Reportage über die Azoren schreiben. Dabei könne man die FLA auf keinen Fall ausblenden. Nach einigem Hin und Her faßte Almeida Vertrauen. Er notierte mir die Adresse der Anwaltskanzlei seines Schwagers in der Rua da Cruz 49. Das Gebäude diene ihm als provisorisches Hauptquartier. „Wie haben Sie mich eigentlich erkannt?“, fragte er plötzlich. „Sie scherzen wohl, Doktor Almeida?“, antwortete ich dem stadtbekannten Don Juan locker. „Die Plakate und die Frauen, bei denen Sie ja hoch im Kurs stehen, waren meine besten Tipgeber“. Der Ton gefiel. So wurde das Gespräch schon für den nächsten Morgen vereinbart.

Es fand in einem Hinterzimmer der Kanzlei statt, die sich in einem rosafarbenen Häuschen in Hafennähe befand. In dem kahlen Raum befand sich außer den zwei Gorilas, die ich bereits kannte, noch ein kahlköpfiger Mann, der mir als „Bankdirektor und künftiger Minister einer FLA-Regierung“ vorgestellt wurde. Wir sprachen abwechselnd englisch und portugiesisch. Ich sei längere Zeit in „den Staaten“ gewesen. Auch in Japan. Das machte Eindruck. Almeida hatte zu keinem Zeitpunkt des zweistündigen Interviews, in dessen Verlauf er die Strategie und Taktik seiner Gruppe freimütig darlegte, auch nur den leisesten Verdacht, ein Feind - und noch dazu ein roter - könne in seine Höhle eingedrungen sein. Zum Abschied deutete er eine herzliche Umar-mung an: „Wir haben das Gefühl, in Ihnen einem wahren Freund der Azoren begegnet zu sein. Schicken Sie uns bitte alles, was Sie veröffentlichen. Es kann von großem Wert für uns sein. Adresse: José de Almeida, FLA. Kommt immer an. Wir haben an jedem Post-schalter unsere Leute.“

Ich versprach es feierlich. Das war die einzige Notlüge, zu der ich greifen mußte.

Klaus Steiniger

Zu Möglichkeiten und Grenzen linker Beteiligung an bürgerlichen Regierungen

Italienische Lehren

In Italien hat die Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC) auf Antrag des Nationalsekretärs Fausto Bertinotti die parlamentarische Unterstützung, die sie der aus der sozialdemokratischen Linkspartei (DS), den Grünen und zwei Zentrumspar- teien bestehenden Regierung der linken Mitte seit Mai 1996 gewährte, im Oktober beendet. Nach der Niederlage bei der Vertrauensabstimmung mußte der Regie- rungschef, der parteilose Zentrumsolitiker Roman Prodi, zurücktreten.

Die mehrheitlich gefaßte Entscheidung führte in der PRC zur Abspaltung einer vornehmlich aus Parlamentariern beste- henden reformistischen Fraktion um den bisherigen Parteivorsitzenden, Senator Armando Cossutta, die eine eigene Split- terpartei „Italienische Kommunisten“ (PdCI) gründete. DS-Chef Massimo D'Alema bildete unterdessen mit den bis- herigen Parteien des linken Zentrums unter Einschluß der rechten Union Demokrati- scher Republikaner eine große Koalition, an der sich auch Cossuttas PdCI mit zwei Ministern beteiligte. Ihr Eintritt in das Kabi- nett war angesichts der Mehrheitsverhält- nisse im Parlament für das Zustandekom- men der Regierung nicht maßgeblich.

Die Ereignisse in Italien verleihen der vor allem in Frankreich und Großbritannien lau- fenden, seit dem Magdeburger Tolerie- rungsmodell in der Bundesrepublik begon- nenen und mit dem Eintritt der PDS in die SPD-geführte Schweriner Landesregierung verstärkten Diskussion über Bedingungen und Erfordernisse, Möglichkeiten und Grenzen linker Beteiligung an bürgerlichen Regierungen neuen Auftrieb. Denn nicht nur linke Zentrumskabinette wie das unlängst in Rom gescheiterte sind ihrem Klassencharakter nach als bürgerliche Exe- kutiven einzuordnen, sondern auch sozial- demokratisch geführte Regierungen wie die von Tony Blair, die jetzt von Gerhard Schröder formierte und natürlich auch die Landesregierung unter Harald Ringstorff. Das erneute Auftauchen einer reformisti- schen Fraktion innerhalb der PRC und de- ren Rolle bei der Bewältigung der Krise der bürgerlichen Regierung drücken abermals die Renaissance rechtsopportunistischen Gedankengutes bei der Herbeiführung der Niederlage des Sozialismus in Europa und ihrer Auswirkungen in den Blickpunkt. Das sind vor allem die „Heimkehr“ eines großen Teils ehemaliger kommunistischer und Arbeiterparteien zur Sozialdemokratie bzw. die Hinwendung zu ihr, Formen der Anpas- sung an den Imperialismus, das Zurück- weichen vor seinem Druck und andere da- mit zusammenhängende Fragen.

In kommunistischen Parteien – das Beispiel der aus der PRC ausgeschiedenen Spalter- fraktion zeigt es – oder in ex-kommunisti- schen Parteien vom Typ der deutschen PDS kommt das gleichzeitig in dem wach- senden Drang zum Ausdruck, in sozialde- mokratisch dominierte Regierungen einzu- treten oder sich ihnen anzunähern. Das geschieht unter dem Vorwand, so die Inter- essen der Arbeitenden, der Ausgegrenz- ten, der Rentner und sozial Schwachen besser vertreten zu können. (Die PDS prak- tiziert das zunächst auf Landesebene). Eine solche Politik dient, wie aus der Geschichte der Sozialdemokratie, besonders der deut- schen, hinreichend bekannt ist, letzten Endes nur der Stabilisierung des imperiali- stischen Systems, vor allem in Krisenzei- ten.

Die parlamentarische Unterstützung, die die PRC der Prodi-Regierung seit 1996 ge- währte, verdeutlicht aber, daß ein solcher Schritt nicht generell abzulehnen ist. Grund- sätzlich hat er einen festen Klassenstand- punkt zur Bedingung und muß der Durch- setzung von Forderungen der Werktätigen dienen. Der Antikapitalismus muß klar de- finiert sein. Bei der PRC kam hinzu, daß sie der parlamentarischen Regierungskoali- tion beitrug, um die erneute Formierung eines profaschistischen Kabinetts zu verhindern. Sie drängte auf eine konsequente Haltung der Regierung gegenüber der Rechten, besonders ihrem extremen Flügel. Außen- politisch trat die PRC der Militärintervention in Albanien entgegen und stimmte gegen die Osterweiterung der NATO.

Im sozialen Bereich gelang es der PRC, dem bis dahin rigoros betriebenen Sozialabbau, den auch die linke Zentrumsregierung fort- zusetzen versuchte, erfolgreich entgegen- zutreten. 1997 verhinderte sie mit ihrem Gegenvotum einen Rotstiftshaushalt. Das Erwirken wichtiger Korrekturen am Budget gelang ihr jedoch nur, weil sie, wie Bertinotti jetzt nochmals hervorhob, tatsächlich als „Interessenvertreter der Werktätigen“ han- delte, sich dem Druck und den Erpressun- gen bürgerlicher Kräfte nicht beugte und parlamentarischen mit außerparlamentari- schem Kampf zu verbinden wußte. Hundert- tausende Menschen nahmen an Kundge- bungen und Demonstrationen teil, zu de- nen von der PRC aufgerufen worden war. Die Aktionen führten zur vertraglichen Zusage der Regierung, ein Gesetz über die Einführung der 35-Stunden-Woche zu ver- abschieden.

Im Frühjahr 1998 leitete die PRC eine neue Etappe ihres Kampfes ein. Sie begnügte sich nun nicht mehr damit, dem Sozialab- bau entgegenzusteuern, sondern forderte

eine soziale Wende, tiefgreifende Maß- nahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeitenden und zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Die Chancen, sie durchzusetzen, lagen nicht im Bereich des Unmöglichen. Eine solche Entwicklung wäre nicht nur für das italienische Kapital eine ernste Niederlage gewesen, sondern hätte auch auf das mehrheitlich sozialde- mokratisch regierte Westeuropa und die EU ihre Auswirkungen gehabt. Diese Poli- tik der PRC, für die vor allem ihr National- sekretär Fausto Bertinotti steht, rief aber, und sicher nicht zufällig, die neuen Reformi- sten innerhalb der PRC auf den Plan. Das belegt auch eine Analyse der Ereignisse. Bleibt hinzuzufügen, daß die PRC Konse- quenz zeigte und mit der Prodi-Regierung brach, als sich ihre Möglichkeiten erschöpft hatten und ein weiteres Verbleiben der Partei in der parlamentarischen Mehrheit nur dem sozialfeindlichen und vor dem rechten Druck zurückweichenden Kurs der bürger- lichen Exekutive gedient hätte.

Mehr als berechtigte Zweifel, ob die PDS auch nur annähernde Konsequenz zeigen würde, wie die PRC in Italien, sind ange- sagt. Anlaß zum Nachdenken darüber, wie tief der Reformismus bereits in der Partei der demokratischen Sozialisten hierzulan- de Fuß gefaßt hat, gibt eine Äußerung des Schweriner Vizepremiers Holter: „Wir sind '89 nicht als demokratische Opposition angetreten, um die Dinge so zu verschlech- tern, daß hier die Revolution ausbricht“. Damit hat sich der aufstiegsbewußte Re- formist in eine uns gut bekannte Traditions- linie gestellt.

Gerhard Feldbauer



Man muß die Vergangenheit kennen, ohne dieses Wissen verirrt man sich im Leben.

Maxim Gorki

Grafik:
Arno Fleischer

Informationen aus den Staaten der früheren UdSSR

Bewegung im Spiel

In Moskau hat unlängst der XXXI. Parteitag der Union Kommunistischer Parteien - KPdSU stattgefunden und den Weg für die neue Kampftappe der Kommunisten aus allen Republiken der früheren UdSSR abgesteckt. Zur Information über die marxistisch-leninistische Dachorganisation von Kommunisten Estlands, Lettlands, Litauens, Moldawas, Abchasiens, Südossetiens, Grusinien, Armeniens, Aserbaidschans, Turkmenistans, Usbekistans, Kirgystans, Tadschikistans, Kasachstans, Bjelorußlands, der Ukraine und Rußlands veröffentlichen wir einige Passagen aus einem Artikel, den Jewgenij Kopytschew, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der UKP-KPdSU und Delegierter des XXXI. Parteitages, am 20. Oktober 1998 in der „Prawda“ - Zeitung der KPRF - veröffentlicht hat.

Heute sind in der UKP-KPdSU 20 kommunistische Parteien und zwei Bewegungen (in einigen Fällen mehrere aus einer Republik - d.R.) zusammengeschlossen, die rund 1,1 Millionen Menschen vereinigen. Hauptziele der UKP-KPdSU sind die Wiederherstellung der Macht der Werktätigen in der Form der Sowjets, die Rückkehr auf den sozialistischen Weg der Entwicklung und die Wiedergründung einer erneuerten Sowjetunion.

Während der dem XXX. Parteitag (Juli 1995) folgenden Periode ist es gelungen, die Aufgabe der Wiederherstellung von kommunistischen Parteien in allen früheren Republiken und ihrer Vereinigung in der UKP-KPdSU zu lösen. Natürlich wirken die Republiks-KP's unter verschiedenen Bedingungen, bis hin zu illegalen. Unterschied-

lich ist auch ihre zahlenmäßige Stärke: von 200 Genossen in einer der Republiken des Baltikums bis zu 547.000 in der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. Verschieden ist auch das politische Gewicht der Parteien, deren Autorität in der Gesellschaft. Die KPRF, die KP der Ukraine, die Partei der Kommunisten der Republik Moldowa und die Kommunistische Partei Tadschikistans besitzen mächtige Fraktionen in den Parlamenten. Die KPRF, die KP Bjelorußlands, die Partei der Kommunisten Kirgystans, die KP Tadschikistans, die Kommunistische Einheitspartei Grusiniens und die Partei der Kommunisten Moldawas scharfen die volks-patriotischen Kräfte um sich. Die KP Armeniens hat mehr als eine Million Unterschriften für den Eintritt der Republik in die Union Bjelorußlands mit Rußland gesammelt, die KP Tadschikistans sogar 1,8 Millionen für den Eintritt ihrer Republik, was den Willen von rund 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung widerspiegelt.

Zugleich ist es nicht gelungen, eine Reihe von Forderungen aus Beschlüssen des XXX. Parteitages der UKP-KPdSU zu erfüllen, darunter den über die Wiederherstellung einheitlicher KP's in den Republiken. Dort erhält sich die kommunistische Parteienvielfalt. In ihnen sind zwischen zwei und zehn kommunistischen Organisationen und Gruppen registriert. Eine Analyse ihrer Hauptdokumente und ihrer praktischen Tätigkeit bestätigt, daß alle kommunistischen Parteien im Hauptsächlichen übereinstimmen (...)

Was hindert die Kommunisten der Republiken, sich in einer einheitlichen Partei zusammenzuschließen?

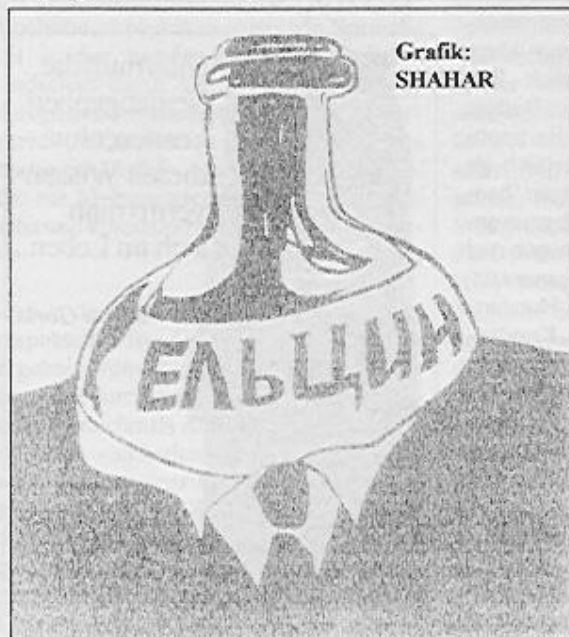
Auf dem Gebiet der Ideologie drehen sich die Diskussionen um die Ursachen der zeitweiligen Niederlage des Sozialismus und der Zerstörung der UdSSR. Die einen meinen, daß man die Quellen der zeitweiligen Niederlage in der Tätigkeit Chruschtschows suchen müsse. Andere verbinden die Zerstörung der UdSSR und die Versuche der Restaurierung des Kapitalismus mit dem Verrat Gorbatschows, Schewardnades und Jakowlews. Eine nicht geringere Zahl von Kommunisten, die den Verrat der genannten Personen keineswegs verneint, sieht bestimmte Fehler der KPdSU bei der Nutzung der Vorzüge der Sowjetmacht, des gesellschaftlichen

Eigentums an Produktionsmitteln, in der Verteilung nach geleisteter Arbeit zu einer Zeit, als die Gleichmacherei überhandnahm. Auf verschiedene Weise verhalten sich die Genossen zur historischen Rolle von J. Stalin. Ein Teil der Kommunisten sieht in ihm einen üblen Diktator, andere ein Genie und den Vater der Völker, dritte wiederum heben den entscheidenden Beitrag J. Stalins beim Aufbau und bei der Verteidigung des Sozialismus hervor, verzeihen aber nicht größte Fehler, verbunden mit unbegründeten Repressivmaßnahmen.

Der Streit geht auch um Formen der Verwirklichung sozialer Revolutionen, ihren friedlichen oder bewaffneten Weg. Die einen meinen, daß Bourgeoisie und Kapital die Macht nicht auf friedlichem Wege abgegeben werden. Andere sind davon überzeugt, daß - wenn sich im Kampf gegen das Kapital die Opposition und Millionen Werktätige zusammengetan haben, wenn parlamentarische und außerparlamentarische Formen des politischen Kampfes vereinigt werden, man die Kreaturen des Kapitals aus den Organen der Macht herausdrängen könne, daß man im Zentrum und „vor Ort“ die Macht unserem arbeitenden Volke zurückholen könne.

Am allerhärtesten sind die Meinungsverschiedenheiten im Herangehen an die Staatsmacht und die Formen des Eigentums unter dem Sozialismus. Bei Berufung auf den bekannten Leitsatz von K. Marx, daß in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus die Diktatur des Proletariats errichtet werden müsse, bestehen viele Genossen darauf, sie wiederherzustellen. Andere, die sich auf Lenins Nachlaß stützen, behaupten, daß die Sowjets der Deputierten der Werktätigen auch eine erfolgreich gefundene - von den Arbeitern, Bauern und Soldaten selber gefundene - Form der Diktatur des Proletariats sind. (...) Was die Formen des Eigentums betrifft, dreht sich der grundlegende Streit um die Viel-Formen-Wirtschaft im Sozialismus. Das Privateigentum an Produktionsmitteln müsse liquidiert werden, und zwar unverzüglich - das ist die Lösung eines Teils der Kommunisten. Nein, meinen andere, ihrer Ansicht nach sei notwendig, das gesellschaftliche Eigentum an den Grundproduktionsmitteln wiederherzustellen, es bleibe das Privateigentum an Produktionsmitteln in der Sphäre der Erzeugung und Realisierung von Konsumwaren und Dienstleistungen (...)

Während alle kommunistischen Parteien in ihrer Strategie einheitlich sind, gibt es in der Taktik wesentliche Unterschiede. Auch jetzt lehnen es einzelne Kommunisten und Par-



teorganisationen ab, an Wahlen teilzunehmen. Sie erkennen nicht die parlamentarischen Formen des politischen Kampfes. Sie lehnen es ab, Blöcke volks-patriotischer Kräfte zu bilden und an ihnen teilzunehmen. Soll man in opportunistischen Gewerkschaften arbeiten oder nicht? Soll man deren Protestaktionen unterstützen oder nicht, wenn sie gegen das bestehenden Regime auftreten, aber Kommunisten nicht auf die Tribüne lassen? Soll man die Führung in ihnen erobern oder eigene Gewerkschaften gründen? Mir scheint, daß die Partei diese Fragen doch schon lange im Leninschen Sinne beantwortet hat - die Kommunisten müssen überall dort arbeiten, wo die Menschen sind, ihr Vertrauen gewinnen und in jede Bewegung der Massen sozialistisches Bewußtsein hineintragen.

Zum Beispiel ist allen die Rolle der Föderation Unabhängiger Gewerkschaften bei der Untergrabung der Autorität der KPdSU und des Sozialismus im Arbeitermilieu bekannt. Sofort nach den August-Ereignissen 1991 haben sie nicht die Spur eines Kommunisten in ihre Kolonnen gelassen. Dann sind wir am 1. Mai 300 Meter hinter den Gewerkschaften gelaufen. Danach zusammen, aber ohne unsere Losungen und unter blauen Fahnen. Später erschienen über unseren gemeinsamen Kolonnen rote Banner und kommunistische Losungen. Und am 7. Oktober 1998, als insgesamt rund 40 Millionen Menschen an Streiks, Protesten und Demonstrationen teilnahmen, vermischten sich Kommunisten und parteilose Mitglieder der Föderation Unabhängiger Gewerkschaften in ganz Rußland unter einheitlichen Losungen, die den Rücktritt Jelzins forderten. Und als auf den Meetings viele Gewerkschaftsmitarbeiter das Wort nahmen, haben sie so gesprochen, daß ein Auftreten von Kommunisten überhaupt nicht mehr erforderlich war. Und dennoch spricht der Fakt selbst, daß die Leitung der Föderation es ablehnte, Führer der KPRF, der Volkspatriotischen Union und der Bewegung zur Unterstützung der Armee als Redner zuzulassen, davon, daß unser Einfluß auf die Gewerkschaften noch ungenügend und die Position der Gewerkschaftsführer zwiespältig ist. Einerseits treten sie unter dem Druck der einfachen Gewerkschaftsmitglieder und der absoluten Mehrheit der Gewerkschaftskomitees mit politischen Forderungen nach Rücktritt Jelzins und einem Wechsel des sozial-ökonomischen Kurses auf, andererseits fordern sie gleichzeitig, den gesellschaftlichen Auftrag der „Arbeitgeber“ erfüllend, Neuwahlen des Vorsitzenden und der Deputierten der Staatsduma, deren linke Fraktionen dem russischen und dem ausländischen Kapital wie eine „Gräte im Hals“ sitzen.

Übersetzt von Eberhard Bock

Oktober-Song

Da habn die Proleten Schluß gesagt
Und die Bauern: es ist soweit.
Und habn den Kerenski davongejagt
Und die Vergangenheit.

Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Da hat der Soldat das Gewehr umgewandt,
Da wurd er wieder Prolet.
Worauf sehr schnell vom Krieg abstand
Die Generalität.

Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Da hatte der Muschik den Bauch nicht voll,
Und da las er dann ein Dekret,
Daß der das Korn jetzt fressen soll,
Der auch das Korn abmäht.

Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Die Herrn habn durchs Monokel geguckt
Und haben die Welt regiert.
Und eh ein Matrose in die Newa spuckt,
Warn sie expropriert.

Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Und der dies Lied euch singen tat,
Lebt in einer neuen Welt.
Der Kumpel, der Muschik, der rote Soldat
Habn die euch hingestellt.

Und das war im Oktober,
Als das so war,
In Petrograd in Rußland
Im siebzehner Jahr.

Peter Hacks

(Zum 81. Jahrestag der Oktoberrevolution
und zum 70. Geburtstag von Peter Hacks)

Am Rande bemerkt

□ Die Pionierorganisation der DDR hätte in diesen Wochen ihren 50. Geburtstag feiern können - sie wurde am 13. Dezember 1948 auf Beschluß des Zentralrats der FDJ als „**Verband der Jungen Pioniere**“ gegründet. Der Pionierorganisation wurde auf dem ersten Pioniertreffen 1952 in Dresden der Name „Ernst Thälmann“ verliehen. Das Hauptziel der Organisation war die Erziehung der Kinder im Geiste des Friedens, der Völkerfreundschaft und des Sozialismus zu bewußten Staatsbürgern der DDR.

Auf dem IX. Parteitag der SED (1976) gab ein junger Pionier das mit starkem, fröhlichem Beifall bedachte Versprechen: Wenn es die DDR nicht gäbe, würden wir sie erfinden! Die Situation, daß es die DDR zur Zeit nicht gibt, ist da - sollten sich nicht alle damaligen Pioniere an ihr feierliches Versprechen erinnern? „Erfinden“ muß man die DDR heute freilich nicht mehr - aber was spricht eigentlich gegen das Bemühen

um die Wiedererringung einer deutschen demokratischen Republik?

□ Von **Friedrich Wolf**, dessen 110. Geburtstag am 23. 12. zu feiern ist, entdeckte ich kürzlich ein mir bis dahin unbekanntes Vorwort: in „Sieg des Lebens“, eine Auswahl russischer Reportagen und Erzählungen aus dem Großen Vaterländischen Krieg. Das Buch erschien 1949 im Dietz-Verlag. In dem Vorwort schreibt Wolf:

„... die Völker der Sowjetunion haben im Hitlerkrieg eine ungleich schwerere Belastungsprobe aushalten müssen als irgendein anderes Volk. Nirgendwo sonst gab es in diesem Ausmaß solche ‚verbrannte Erde‘. Nirgends wurde die Erde so mit Blut getränkt. Nirgends sonst fegten die Flammen über Riesengebiete von der Größe ganzer europäischer Länder, wurde in solch gewaltigem Territorium mit solcher Erbitterung an unzähligen Stellen auf Tod und Leben um jede Stiege, jede Mauerecke, jeden Schacht gekämpft. ... Im Ausland war man vielfach erstaunt über die ungeheure Widerstandskraft der Sowjet-Armee und des russischen Volkes. Man übersah dabei, daß die Völker der Sowjetunion nicht bloß ihr persönliches Leben und ihre persönliche Habe verteidigten, sondern vor allem auch die sozialistischen Errungenschaften vieler mühevoller, arbeitsreicher und erfolgreicher Jahre. Das gab ihnen jene außerordentliche innere Kraft, diesen gerechten Verteidigungskrieg zu führen.“

B Ü C H E R - E C K E

□ Gegen eine Spende für den RotFuchs sind abzugeben (von jedem Titel steht nur ein Exemplar zur Verfügung):

O. Bonhoff / G. Schiemann / E. Selbmann: Ernst Thälmann. Zweiteiliger Fernsehfilm. Szenarium. Henschelverlag, Berlin 1987. 228 S., zahlreiche Fotos

Eduard Claudius: Menschen an unsrer Seite. Roman. Reclam, Lpzg. 1974. 320 S.

Fjodor Gladkow: Neue Erde. Roman. Aus dem Russischen übersetzt von Olga Halperin. Verlag für Literatur und Politik. Berlin 1932. 336 S.

Juri Libedinski: Eine Woche. Roman. Aus dem Russischen. Dietz-Vlg., Berlin 1961, Rote Dietz-Reihe. 160 S.

Hans Lorbeer: Zur freundlichen Erinnerung! Kurzgeschichten. Dietz-Verlag, Berlin 1960, Rote Dietz-Reihe. 200 S.

Konstantin Paustowski: Das Nachtigallenreich. Kleine Prosa. Aus dem Russischen übersetzt von B. Petras, R. Beer und H. T. Heinrich. Kiepenheuer, Weimar 1976, Gustav-Kiepenheuer-Bücherei. 228 S.

Ludwig Renn: Vom alten und neuen Rumänien. Illustrationen von Martin Hähnisch. Aufbau-Verlag. Berlin 1952. 204 S.

Maximilian Scheer: Ethel und Julius. Roman eines Prozesses. Aufbau-Verlag, Berlin 1959. 246 S.

Wer den RotFuchs mit weiteren ausgewählten Buchspenden unterstützen kann, ist hierzu herzlich eingeladen. Die Redaktion bemüht sich, die Bücherecke zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

W. M.

Rolf Vellay

Mieser Typ, dieser Brecht!

Klar
Völlig klar.
Mieser Typ dieser Brecht.
Äußerst mies.
Is' ja auch kein Wunder:
Was soll aus so einem werden,
dem als kleiner Junge schon
der Frühstückskakao
vom Dienstmädchen serviert wurde!

Der kauft sich dann später auch
Eine „Nickelbrille“ aus Platin!
Was die gekostet hat!
Das haben damals
Drei Arbeitslose
(von Sechsmillionen!)
für ein ganzes Jahr
als „Stütze“ bekommen!
Schlichtweg ein mieser Typ, dieser Brecht
Äußerst mies!

Autofahren: nur Mercedes oder Horch!
Damit der Proletkult-Schreiber
in der Luxuskarosse
nicht auffiel,
soll er dabei immer ein Toupet getragen
haben!

Geschafft hat der Kerl aber
wovon wir Spießer alle träumen:
einen Harem
freiwilliger Damen
die nichts kosteten
und außerdem noch für ihn arbeiteten!
Wirklich, mieser Typ, dieser Brecht
Äußerst mies!

Und was der so geschrieben hat,
dieser Brecht!
Zum Beispiel
„Das Lied der Kommunarden“
„In Erwägung,
daß wir hungrig bleiben,
wenn wir dulden, daß ihr uns bestiehlt,
wollen wir mal feststellen,
daß nur Fensterscheiben
uns vom guten Brote trennen, das uns
fehlt“

Klare Aufforderung zu Sachbeschädigung
und Diebstahl, oder?
Was schriebe der wohl heute,
da die FAZ am 17. Januar '98
mit doppelter Hauptschlagzeile
auf Seite eins
dreispaltig meldet:
„Sieben Millionen Kinder sterben jedes
Jahr
an den Folgen von Mangelernährung“
Nicht auszudenken,
was der heute schriebe,
dieser Brecht!
Dann steht da noch
im „Lied der Kommunarden“:
In Erwägung,
daß da Häuser leer stehen,
während ihr uns ohne Bleibe laßt,
haben wir beschlossen,
nun dort einzuziehen,

weil es uns in unseren Löchern
nicht mehr
paßt!“
Klare Aufforderung zum Hausfriedens-
bruch, oder?
Was schriebe der wohl heute,
dieser Brecht,
da die FAZ am 13. Januar '98 meldet:
„400 000 Haushalte in den neuen Ländern
haben Mietschulden“.
Nicht auszudenken,
was der heute schriebe,
dieser Brecht!

Das aber
Ist doch wohl der Gipfel
In diesem „Lied der Kommunarden“:
„In Erwägung,
ihr hört auf Kanonen,
andere Sprache könnt ihr nicht verstehen,
müssen wir dann eben
- ja das wird sich lohnen -
die Kanonen auf euch drehn!“

Offene Aufforderung zur Gewaltanwen-
dung, oder?
Schöner Humanist, dieser Brecht!
Was der wohl heute schriebe,
da die FAZ am 3. Januar '98 meldet,
das indonesische Militär habe erklärt,
es stehe bereit, alle
„in Folge der Wirtschaftskrise
möglicherweise auftretenden Unruhen“
niederzuschlagen.

Stellt euch mal vor,
die in Djakarta Unruhigen
läsen den Brecht
und drehten die Kanonen um!
Was dann passiert
mit unseren Investitionen -
und am Ende mit dem „Standort Deutsch-
land“,
wenn die Unruhigen auch hier
noch den Brecht lesen!
Unverantwortlich, dieser Brecht.
Einfach ein mieser Typ.
Äußerst mies!

Und die Bücher von dem
steh'n auch noch überall 'rum,
in den Goethe-Instituten zum Beispiel,
wahrscheinlich auch in Djakarta.
Einfach unglaublich!
Aber kein Wunder
in einem Land,
dessen wichtigster Literaturpreis
nach einem Kriegshetzer benannt ist!
„Friede den Hütten - Krieg den Palästen“
- oder ist das vielleicht keine Kriegshetze?
„Klassenkampf“ statt „Sozialpartner-
schaft“!
Ist das denn im Sinne
unserer „freiheitlich-demokratischen
Grundordnung“?
Kein Wunder also
daß in diesem Land
jetzt mit großem Aufwand
des hundertsten Geburtstages

dieses miesen Typs gedacht wird.
Statt daß die Leute froh sind, daß er gestor-
ben ist
bevor er noch mehr
so unverantwortliches Zeug schreiben
konnte,
dieser äußerst miese Typ.
Andererseits läßt sich ja nicht leugnen:
Paar Sachen sind Klasse,
die der Mann geschrieben hat
(hoffentlich stammen wenigstens die
wirklich von ihm!).
Z.B. nach dem „17. Juni“ sein Rat
an die Regierung der DDR, „sich ein ande-
res Volk zu wählen“.
Oder die Charakterisierung Stalins als
„verdienter Mörder des Volkes“.
Wirklich Klasse!
Aber - um ein Klassiker zu sein
doch zu wenig.
Der Daumen zeigt nach unten!
Mieser Typ, dieser Brecht.
Äußerst mies.
Völlig klar.

P.S. wie mies der war,
würde offenbar,
könnte der sich zu obiger Einschätzung
noch äußern.
Der Brechte es fertig,
daß alles auch noch
- in „dialektischer Verfremdung“ -
zu bestätigen.
So mies war der!

*Unser Autor war Bergmann
in Datteln im Ruhr-Gebiet.*



Grafik: Arno Fleischer

Die Mutter der im Kampf gegen den Imperialismus gefallenen Revolutionärin und Internationalistin Tamara Bunke, Genossin Nadja Bunke, hat sich an die Redaktion des „RotFuchs“ mit der Bitte um Veröffentlichung einer Rezension aus der Feder des Philosophen Roger Reinsch, Leiter des „Ernst-Busch-Chores“, gewandt. Wir danken Genossin Nadja Bunke für das in uns gesetzte Vertrauen und übermitteln ihr herzliche kommunistische Grüße.

„Tania la Guerrillera“

„Wird mein Name eines Tages nichts sein? Werde ich nichts zurücklassen?“

Tanja ist achtundzwanzig Jahre alt, als sie diese Zeilen schreibt. Es ist ein Jahr vor ihrem Tode.

Antwort gibt ein Buch, ein authentischer Bericht über das Leben der Tamara Bunke.

Es ist in neun Sprachen und in 12 Ländern gedruckt worden. Vom ersten Erscheinen 1970 in Kuba, wo der Titel „Tania la Guerrillera Inolvidable“ schon das „Inolvidable“ - das Unvergänglichsein - zu ihrem Namen hinzufügt, bis in unsere Tage heißt die Antwort: Dein Name, Tania, ist eine Herausforderung für uns. Zum ersten Mal exakt und gut ins Deutsche übersetzt, erschien es 1973 im Militärverlag der DDR. Die jetzt

vorliegende Ausgabe des Dietz Verlages verdanken wir wieder Nadja Bunke, der Mutter dieser leider jung gestorbenen, klugen und tapferen Frau.

Unvergänglich, ja, denn der Antwortbrief von Fidel Castro an die Mutter Tamaras ist vom April 1996 datiert, und die Aufzählung der Ehrungen für Tamara reicht bis in das Jahr 1997, zu Veranstaltungen der Föderation der Kubanischen Frauen, die dem 30. Todestag von „Tania la Guerrillera“ gewidmet waren.

Haydee Tamara Bunke war Argentinierin. Sie war es nach dem Gesetz ihres Geburtsortes bis zu ihrem Tode, sie war es von

der Widerstandsgruppe „Kurt Steffebauer“ vor der Hitlerdiktatur fliehen mußten. 1952 kehrten die Eltern mit ihrer Tochter nach Deutschland, in die DDR, zurück. Jetzt lernte Tamara als Vierzehnjährige den Versuch deutscher revolutionärer Demokraten, Sozialisten und Kommunisten kennen, gemeinsam mit allen



Tamara Bunke 1961 in Kuba

Menschen guten Willens ein gänzlich neues Gesellschaftsgefüge zu errichten. Es war das historische Unternehmen, im Osten Deutschlands auf den Trümmern, die der deutsche Eroberungskrieg den Deutschen eingebracht hatte, ein sozial gerechtes, sozialistisches Zusammenleben zu entwickeln. Sie

kannte solche Gedanken aus der politischen Tätigkeit der Eltern in ihrer Heimat. Nun war sie mehr als neun Jahre lang, in der individuell bedeutenden Lebenszeit zwischen dem 14. und dem 23. Lebensjahr aktiv an diesem politischen und sozialen Anlauf in der DDR beteiligt. Es war für sie eine aufregende Zeit, weil begonnen wurde, die gesellschaftliche Ungleichheit, die sie aus Argentinien gut kannte, aufzuheben. Sie wurde Mitglied der antifaschistischen Freien Deutschen Jugend, die 1946 gegründet worden war, und trat in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ein, die Initiatorin all dieser politischen Veränderungen.

Tamara wurde etwas deutsch, aber blieb vollen Herzens Lateinamerikanerin. So konnte ihr Internationalismus reifen. Die kubanische Volksrevolution, die bald zur sozialistischen geworden - heute noch lebt, bewegte ihr Herz, zog sie an. Sie errang sich die Genehmigung, nach Kuba zu gehen, um dort nach ihrem Lebenssinn zu arbeiten. Als Dolmetscherin und Übersetzerin, im Bildungswesen, in Frauenorganisationen und zur Verteidigung der Errungenschaften der kubanischen Revolution war sie

tätig. Sie wollte helfen, gerechte soziale und humanistische Lebensverhältnisse zu schaffen, und handelte auch danach. So

finden wir im Buch Berichte von Frauen darüber, wie Tamara ihren großen Kühlschrank gegen den kleineren einer Familie mit Kindern tauscht, wie sie aus ihrer größeren Wohnung in die kleinere einer vierköpfigen chilenischen Familie wechselt. Sie verzichtet auch auf Einkäufe in Spezialverkaufsstellen für ausländische Spezialisten. So ist sie den Menschen in Erinnerung geblieben und begründete ihre aus der Verszeile „Wenigstens Blumen, wenigstens Lieder!“ herausklingende Gewißheit. Ja, Lieder. Natürlich auch Lieder aus dem argentinischen Norden und aus dem Osten Boliviens, die sie aufgezeichnet hat, werden bleiben.

Verse sind erstmals eingeführt in der Neuauflage des Buches. Tieftrauernd und schön schreibt Ulises Estrada: „Du gehst ... wie die Wellen, wo das Meer endet ...“

Wichtig ist die Aktualisierung des Buches durch Fälschungen nachweisende Dokumente zu Tamaras Leben. Damit wird die in der bürgerlichen Sensationspresse seit über 30 Jahren kolportierte Version der dreifachen Agentin widerlegt. Es wird dokumentiert, daß sie nicht Mitarbeiterin oder Angeworbene des MfS der DDR war, daß sie nicht Mitarbeiterin oder Angeworbene des KGB der UdSSR war.

Tania war eine Kämpferin für Gerechtigkeit und Humanismus und aus ihrer Überzeugung heraus war es ihr Ehre und Freude, sich direkt in die Partisanengruppe Che Guevaras einzureihen, als ihr unvorhergesehen die Rückkehr nach La Paz verwehrt war. Das wird im Buch deutlich.

Wenn nun aber Zweifel aufkommen, ob bewaffneter Guerrilla-Kampf ein unterdrücktes Volk dazu mobilisieren kann, seine Unterdrücker zu verjagen oder einem unterdrückten Volk die Freiheit zu bieten, sein Leben selbst zu organisieren - die Antwort wird immer nur ganz örtlich und ganz zeitbedingt, ganz nachdenklich gegeben werden können.

Über alle Zweifel erhaben aber bleiben Entschlossenheit und Mut, das eigene Leben für die Befreiung der Unterdrückten aller Völker einzusetzen - eingesetzt zu haben. Am 31. August 1967 starb Tania, die Partisanin, in Bolivien für Gerechtigkeit auf unserer Erde.

„Tania la Guerrillera“; Marta Rojas, Mirta Rodríguez Calderón; aktualisiert, erweitert und herausgegeben von Nadja Bunke; Dietz Verlag Berlin 1998; 232 S.; 97 Abb.; ISBN 3-320-01956-2; DM 29,80



Das von Brigaden der DKP und kubanischen Bauarbeitern errichtete Gesundheitszentrum in Matanzas. Im Hintergrund links die Familienarztpraxis „Tamara Bunke“, im Vordergrund das Reha-Zentrum „Comandante Ernesto Buschmann“

Herzen und von ihrem kulturellen Selbstverständnis. Sie war aber eine Argentinierin mit deutschen Eltern, die als Mitglieder

Briefe an „RotFuchs“



Es wird Zeit, daß ich an Euch schreibe. Heute mit einer Spende von 11 DM in Briefmarken. Ich lese den „RotFuchs“ seit dem Sommer dieses Jahres und warte mit Ungeduld auf die nächste Ausgabe. Eure Beiträge bekennen sich offen und ehrlich zum wissenschaftlichen Sozialismus, sie entsprechen ganz meiner Weltanschauung. Ich bin 1945 gemeinsam mit meinen beiden Männern (Vater und Ehemann) in die KPD eingetreten, danach waren wir in der SED. Ich stehe zum Kommunismus und bleibe eine Kommunistin. Seit der Wende gehöre ich der PDS an. Ich bedaure es sehr, daß es die DDR nicht mehr gibt. Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich schon auf den neuen „RotFuchs“. Ihr müßt ihn mir jedoch nicht zusenden. Ich erhalte ihn von meiner Kumpeline Erika Marx. Wir beide machen vieles gemeinsam, besuchen Veranstaltungen der DKP, des Marxistischen Forums, der Kommunistischen Plattform der PDS u.a.. Dank für alles. Macht's weiter so kämpferisch wie bisher.
Gertrud Zimmermann, Berlin

„RotFuchs“ ist für mich eine Lektüre, die mich nachdenklich stimmt, erfreut, gerade nicht wenig zum Widerspruch reizt, kurz und gut, eine gute Lektüre. Herzlichen Dank für die regelmäßige Übersendung Eurer Publikation. Ich kann mir gut vorstellen, welche Arbeit von Euch geleistet werden muß. Beste Grüße
Günter Görlich, Berlin

Herzlichen Dank für die Übersendung der „RotFuchs“, die ich mit großem Interesse gelesen habe. Viele der Veröffentlichungen bestärken mich in meiner politischen Position - andere regen zum kreativen Grübeln an. Dank also. Um mich ehrlich zu machen und Euch nicht zu verlieren, ein paar Marken anbei.
Peter Schmidt, Frankfurt/Oder

(Dem Brief waren 50 Marken a 1,10 beigelegt
- Die Redaktion).

„Haste ma ne Mark?“ Den Satz kennen wir heute zur Genüge. Manchmal hat man auch eine, gibt, meint zu helfen und weiß doch ganz genau, daß sie umgehend in Alkoholika umgesetzt wird. Solcherart Leben in dieser Gesellschaft der Superreichen ist ohnehin nur im Suff zu ertragen. Aber zwischen der Frage des obdachlosen Panners und dem vom verflochtenen Herrn Seehofer verordneten „Not“-Opfer für angebliche Krankenhausrenovierungen ist die Reihe derer, die die Hand für eine Spende aufhalten, schier unendlich. (...) Von seriösen bis zu dubiosen Unternehmungen wird an unser Mitgefühl und unsere Spendefreudigkeit appelliert. Politiker-gattinnen pflegen ihrer Bedeutungslosigkeit nicht nur mit Kochbüchern, sondern auch mittels „Schirmherrschaft“ für Spendenorganisationen entrichten zu wollen. Es kostet nichts und hat den hübschen Nebeneffekt, daß man sich - wie

vorgeblich der Gatte - ums Wohl des Volkes und seiner Bedürftigen kümmert. (...)

Nun soll ja gar nicht abgestritten werden, daß es durchaus Leute gibt, die ehrlichen Herzens der weltweit durch Turbo-Kapitalismus geförderten sozialen Not entgegentreten und zu handeln versuchen. Allein vermag der Mensch ohnehin nicht zu leben. Er braucht das Miteinander. Schon seit Neandertalers Zeiten gibts Horden, Gruppen, Stämme als Schutzgemeinschaft, die in der Neuzeit zum Staat führte. Bleibt aber Kapital das einzig bestimmende Element des Staates, ist dessen Rückzug als Hüter und Schutz des Ganzen programmiert. Selbsthilfe heißt nun das bequeme Zauberwort. Es ist eben alles eine Kostenfrage. Ethik und Moral spielen eine höchst untergeordnete Rolle. Und wer sich moralisch gefordert fühlt: Er kann ja spenden in einer „freien Gesellschaft“, die Arbeits- und Obdachlosigkeit als etwas Selbstverständliches betrachtet. Die ehemals üblichen Schilder „Betteln und Hausieren verboten“ sind Vergangenheit. Heute schließt man a priori schon die Haustür. Im übrigen kann ja jeder in „Freiheit“ seinen Mund aufmachen und fragen: „Haste ma ne Mark?“.

Aber „Halt!“ Keine Regel ohne Ausnahme. Wer will, daß das einmal Vergangenheit sein soll, der muß in die Zukunft investieren. Er sollte denen unter die Arme greifen, die sich dafür einsetzen, daß einmal niemand mehr fragen muß: „Haste ma ne Mark!“.

Daß meinem Leserbrief an den „RotFuchs“ eine Spende beiliegt, bedarf ja nun wohl keiner Erklärung mehr.

Joachim Loeb, Berlin

Den „RotFuchs“ habe ich mit Interesse und Vergnügen gelesen. Ich finde ihn nicht nur gut, sondern ausgezeichnet. Er ist wirklich insgesamt das beste, was derzeit an Periodika besteht, und die Oktober-Ausgabe ist m. E. der Beweis.

Dr. sc. Sigmar Ebbach, Berlin

Liebe Genossen „RotFuchs“, nach Erhalt der neuesten Ausgabe ist es an der Zeit, Euch für die regelmäßige Zusendung Eurer Zeitung herzlich zu danken. Vom Beginn seines Erscheinens an entspricht der „RotFuchs“ immer mehr meinen Erwartungen an eine kommunistische Parteizeitung. Durch den in ihr vertretenen festen Klassenstandpunkt und den kämpferischen Geist unterscheidet sie sich kräftig von vielen anderen sich links gebenden und nennenden Publikationen. Die Lektüre Eurer Zeitung ist für mich immer wieder ein Genuß und trägt in erheblichen Maß zur Motivierung meiner täglichen Parteiarbeit bei. Der „RotFuchs“ gehört zu den wenigen Zeitungen, die von mir Heft für Heft gesammelt werden und in meinem Bücherschrank einen Platz bekommen. Monat für Monat mit Euren bescheidenen Mitteln und dem kleinen Mitarbeiterkreis immer wieder ein Heft auf so hohem Niveau herauszubringen, ist eine Leistung, die nicht hoch genug gewürdigt werden kann.

Ich wünsche Euch im Interesse unserer Partei und auch aus egoistischen Gründen einen langen Atem und hoffe, noch viele „RotFuchs“ lesen zu können. Anbei 20 Mark als kleine finanzielle Unterstützung.

Klaus Neuber, Bad Dürrenberg

Die 95jährige Veteranin der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, Genossin Herta Gräf - einst in Hamburg und Berlin im technischen Apparat des ZK der KPD in der Umgebung Ernst Thälmanns tätig und bei der historischen ZK-Tagung in Ziegenhals anwesend - hat dem „RotFuchs“ herzliche Grüße und eine Briefmarkenspende übermittelt. Dafür dankt ihr verbunden mit solidarischen kommunistischen Grüßen - die Redaktion.

Als die Konterrevolution ins Rollen kam, wurde anfangs noch groß von der „Schaffung eines europäischen Hauses“ gesprochen, in dem jedes Land - auch eine „erneuerte“ DDR - souverän mitwirken sollte. Doch nach ihrem zeitweiligen Sieg ging es nur noch um den bedingungslosen Anschluß an bestehende Formationen. So sollte die DDR der BRD beitreten - und einstige sozialistische Staaten Südosteuropas - der EU oder der NATO. Selbst unter manchen Linken gewann die bloße Beitrittsforderung Oberhand.

Wie war die Situation der marxistischen Parteien in Deutschland?

Die DKP ist historisch seit 1968 als nach dem KPD-Verbot neukonstituierte Partei im Westen gewachsen - wie die SED ihre Wurzeln seit dem Vereinigungsparteitag von 1946 im Osten hatte. Der normalste Weg wäre gewesen, wenn sich SED und DKP nach 1989 in einer einheitlichen marxistischen Partei zusammengefunden hätten.

Doch leider, nach den Herbstereignissen von 1989 hat sich die SED nicht nur in PDS umbenannt - sie geriet sofort unter den Einfluß und die Kontrolle von revisionistischen Kräften, die keine kommunistische Partei mehr haben wollten. Das waren die Gründe dafür, daß sich auch in Ostdeutschland die DKP zu formieren begann. Nun wäre es aber falsch anzunehmen, die Kommunisten im Osten hätten bei ihrem Eintritt in die DKP keine eigenen Erfahrungen und Vorstellungen in ihrem politisch-ideologischen Gepäck mitgebracht. Die Genossen im Westen haben den harten Klassenkampf bestanden - trotz KPD-Verbots, Illegalität und darauf folgenden Berufsverboten. Wir im Osten haben der Menschheit bewiesen, daß eine Alternative zum Kapitalismus möglich ist und können unsere marxistischen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen einbringen. Diese Kombination könnte eine gute Grundlage für eine große kommunistische Partei in Deutschland bilden. Voraussetzung ist natürlich guter Wille auf beiden Seiten und der Verzicht auf jeglichen „Beitrittsgedanken“.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Ich selbst war nicht bei der zu Beginn Eures Beitrags „Beitrittsgebiet?“ in Nummer 9 erwähnten Veranstaltung anwesend, versuchte deshalb also - wie sicher die Mehrzahl der „RotFuchs“-Leser auch - der Argumentation seines Autors zu folgen. Schwierig wurde das schon, als er die Äußerung einer Genossin mit seinen Worten so wiedergab, daß sie gesagt habe, „die DKP sei vielmehr eine bereits fertige Partei mit Programm und Statut gewesen, der man lediglich habe beitreten können.“ Ausgangspunkt für die Argumentation des Autors bilden die Wortverbindungen von der „fertigen Partei“ sowie „daß man dieser lediglich habe beitreten können“. Nun ließ sich aber, soweit von mir nachgeprüft, aus im deutschsprachigen Raum - darunter

der DDR-erschiedenen einschlägigen Lexika kein inhaltlicher Unterschied ermitteln, ob ein Mensch einer Organisation oder politischen Partei „beitritt“ oder aber in eine solche „eintritt“. Zweifelsfrei ist dem Fakt zuzustimmen, daß von den politisch Herrschenden in der seit 1990 vergrößerten BRD sowie von den ihre Interessen bedienenden Medien der Begriff von der DDR als „Beitrittsgebiet“ zur alten BRD immer wieder demagogisch strapaziert wird. Was aber hat das damit zu tun, wenn Menschen bewußt die Mitgliedschaft in einer politischen, speziell einer kommunistischen Partei wie der DKP erlangen? Unstrittig ist meines Erachtens, daß die DKP zum Zeitpunkt des - ganz wie man will - Beitretens oder Eintretens als Partei mit festen Strukturen a) bereits existierte und b) sowohl über ein gültiges Programm als auch ein gültiges Statut verfügte, in diesem Sinne also eine bereits „fertige Partei“ war und ist. Dafür, daß auch eine auf solche Art fertige Partei immer wieder Veränderungen unterliegt, gibt es genügend Beispiele; erinnert sei nur an die Zahl ihrer Mitglieder, das von ihnen bewohnte Territorium, aber auch Programm- bzw. Statutendiskussionen usw. Ein solcher Prozeß ist auch das Sich-Finden einer immer mehr gefestigten Berliner Bezirksorganisation der DKP, der vor allem durch das praktische Umsetzen der zu recht durch den Autor des „RotFuchs“-Beitrags eingeforderten „Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung“ bestimmt ist. Da es wohl auch sonst kein Argument des Beitrags gibt, dem ernsthaft zu widersprechen wäre, drängt sich immer mehr die Frage auf: Welchen Sinn und Zweck verfolgt die Polemik des Autors gegen jene Äußerungen der nicht näher genannten Genossen? (...) Es sind also durchaus Zweifel angebracht, ob solche Artikel tatsächlich den durch (...) Genossen Heinz Käßler in der gleichen „RotFuchs“-Ausgabe benannten Zweckbestimmungen der Vielfalt kommunistischer Publikationsorgane entsprechen.

Fred Bruder, Berlin

Lieber „RotFuchs“, „Bravo“ zu den letzten beiden Ausgaben! Auf keine Zeitung warte ich so gespannt wie auf Dich. Wie kommt das? Was macht mir dieses kleine, doch äußerlich - verglichen mit anderen Zeitungen - eher unscheinbare Blatt so wichtig?

Es ist der Geist, der aus jeder Zeile der Artikel spricht. In einer Zeit des grassierenden Reformismus, der noch immer herrschenden Verunsicherung und Orientierungslosigkeit, hält der „RotFuchs“ revolutionäres Bewußtsein wach, festigt marxistisch-leninistisches Selbstverständnis und Selbstbewußtsein und bezieht in klassenkämpferischem Stil zu den Problemen der Zeit Stellung. Das macht ihn unverzichtbar. Unser wichtigstes Mittel zur Verbreitung unserer Auffassungen - da uns die Medien fast völlig ignorieren - ist das gesprochene Wort, das Gespräch mit Menschen. Dafür liefert uns der „RotFuchs“ Argumente und Anregungen. Wer in dieser Weise, oft als „Einzelkämpfer“, wirkt, spürt zunehmend, daß - auch wenn Angst, Unsicherheit und Lähmung infolge der über sie hereingebrochenen ideologischen Invasion noch Wirkung zeigen - in den Köpfen vieler „Ossis“ mehr an Wissen und Überzeugung vom Sozialismus vorhanden ist als mancher glaubt. Zu dieser Erfahrung möchte ich mich in einer der nächsten Ausgaben mit einem kleinen Beitrag zu Wort melden.

Dieter Itzerott, Torgau

Der „RotFuchs“ ist das beste, was ich zur Zeit kenne! Die Nummer 8 mußte ich, kurz nachdem ich sie erhalten hatte, an einen anderen Genossen abliefern. Die Nummer 7 hatte ich in Prerow - wir sind den Sommer über als Zelter auf dem Darß - einem Genossen weitergegeben. Der meinte, warum wir nicht mit einer richtigen Zeitung herauskämen. Aber auch eine kleine Zeitung ist eine Zeitung! Hohe Achtung vor der ehrenamtlichen Arbeit, die Ihr alle zusammen leistet!

Arno Fleischer, Berlin

(Der Diplomgrafiker Arno Fleischer ist der „Vater“ unseres kleinen Rotfuchses auf der Titelseite - die Redaktion)

Vor 80 Jahren war der 1. Weltkrieg, dem die SPD-Fraktion zugestimmt hatte, gerade vorüber, als der damalige SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert am 7. November 1918 erklärte: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht. Ich hasse sie wie die Sünde.“ Daß er mit Noske die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg absprach und dieser dann den Auftrag an Hauptmann Pabst weitergab, ist im Buch „Der Verrat“ des bürgerlichen Publizisten Sebastian Haffner nachlesbar. Auf die demagogische Parole des ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD in Westdeutschland, Kurt Schumacher, „Der Sozialismus ist Tagesaufgabe“ folgte die Installierung des Ostbüros der SPD zum Kampf gegen die sozialistische DDR. Laut Egon Bahr waren alle Bundeskanzler von Adenauer bis Kohl „IM der CIA“. Warum soll das heute anders sein? (...) Was sagte Gerhard Schröder, der einstige JUSO-Vorsitzende, als Kanzlerkandidat bei seinem Besuch in den USA? „Die Revolution, die ich damals geplant habe, will ich jetzt als Staatsmann verhindern.“

Wenigstens ein offenes Wort zur rechten Zeit. Sage niemand, er habe es nicht gewußt. Wer mit der SPD in eine Regierung eintritt, muß es auf alle Fälle wissen, ob in Bonn oder sonstwo.

Günter Bergmann, Königs Wusterhausen

Hallo, liebe Freunde des „RotFuchs“. Ich schließe mich den vielen Gratulanten an und bestätige gleichfalls die Einmaligkeit dieser Zeitung im linken Medienwald. Das hat seine Gründe. Denn nicht nur Eure Autoren sprechen für sich. So ist der „RotFuchs“ eine Zwangsläufigkeit in den politischen Wirrungen unserer Zeit, wie es die Kommunistische Plattform in der PDS ist. Nicht nur seinen Inhalten ist mehr Verbreitung zu wünschen, auch seiner Wärme, die aus vielen Artikeln strahlt. Weiter so.

Ron Wiesner, Dahlen (Sachsen)

Wir bitten Euch, sofort an folgende Genossen den „RotFuchs“ zu senden. *(Die drei Namen sind weggelassen)*. Meinen eigenen „RotFuchs“ haben mir die Genossen aus der Hand gerissen!!! Wir danken Euch herzlich und grüßen

DKP-Gruppe Dresden

i.A. Neumann

Habt recht herzlichen Dank für die Zusendung der früheren Hefte 1-4. Das ging ja schneller als erwartet. Nun ist meine „Sammlung“ komplett. Den „RotFuchs“ habe ich inzwischen als wert-

volle Bereicherung linker Presse schätzen gelernt. Natürlich kann man bestimmtes diskutieren, aber neben „Die Rote Fahne“, „KAZ“, in gewissem Maße auch ND, möchte ich den „RotFuchs“ nicht mehr missen.

Meine Mutter war ganz begeistert, nachdem ich ihr meine bisherigen Exemplare zum Lesen gegeben habe. Daraus resultierte ihr Wunsch, den „RotFuchs“ selbst zu erhalten. Nun war sie ganz stolz, Heft 9 schon vier Tage eher als ich bekommen zu haben. Sie hat sich sehr gefreut und bedankt sich für die Zusendung ganz herzlich. Leider sind wir beide finanziell nicht besonders gut gestellt. (Mutter ist Rentnerin und ich bin arbeitslos.) Trotzdem möchten wir einen kleinen Beitrag leisten, indem wir Euch einige Briefmarken senden.

Den ständigen Mitarbeitern des „RotFuchs“ die besten Wünsche, stets zündende Ideen und vor allem beste Gesundheit.

Ursula und Dieter Rolle, Zeitz

Guten Tag, Kurt, beiliegend 20 Mark Briefmarkengeld für den „RotFuchs“. Leider fehlt mir im Moment die Zeit, um mit Dir den von mir abgelehnten Begriff „Zusammenbruch des Sozialismus“ zu erörtern. Er fiel wieder bei der Grabrede für Kurt Hager.

Manfred Fischer, Berlin

Die Oktoberausgabe des „RotFuchs“ hat in Inhalt und Gestaltung wieder unseren ungeteilten Beifall gefunden. Wir danken herzlich für die Zusendung und legen als kleinen Unkostenbeitrag 15 DM in Briefmarken bei.

Inge und Hartwig Baumbach, Bargteheide, Schleswig-Holstein

Liebe Genossen! Vielen Dank für den „RotFuchs“ - ein origineller Name für ein interessantes Blatt.

Dr. Marianne Linke, Berlin

Soeben dankend die sieben Exemplare erhalten. Warte schon neugierig auf die Nr. 10. Lege 20 DM für die Sendung bei.

Michael Kommol, Halle

Die vier „RotFuchs“ Nr. 9/Okttober 1998 habe ich für die Parteigruppe der DKP Dessau erhalten. Wir danken herzlich. Wie vereinbart übersende ich 22 DM in Briefmarken zur Unterstützung „unserer Zeitung“, die allen Genossen immer wieder große Freude bereitet. (...) Natürlich habe ich sofort die Zeitung durchgesehen und zuerst auf Seite 8 den Artikel „Ein Besuch im Hause Käßler“ von Kurt Andra gelesen. Dieser Bericht gibt eine gute Übersicht über den Lebensweg von Heinz und Ruth. Ich meine, sie sind für jeden Kommunisten und für jeden klassenbewußten Arbeiter Vorbilder im Kampf um die Befreiung der Menschheit vom kapitalistischen Joch. (...) Soeben erhalte ich von Heinz einen weiteren Brief. Er ist in Freiheit. Das ist der schönste Tag meines Lebens seit 1990! Der Kampf geht weiter, bis auch die letzten gefangenen Genossen auf freiem Fuß sind.

Karl Hertel, Dessau

Herzliche Glückwünsche

Am 8. Dezember 1998 begeht der alte Bolschewik

GENOSSE EBERHARD BOCK,

ständiger Mitarbeiter des „RotFuchs“, seinen 85. Geburtstag. Der einstige Lehrer an der SED-Bezirksparteischule Berlin, ein belesener und gebildeter Marxist-Leninist, fühlt sich seit vielen Jahrzehnten mit dem sowjetischen und dem russischen Volk sowie deren kommunistischer Bewegung besonders eng verbunden. Auch heute noch übersetzt er Tag für Tag wichtige Artikel und Informationen aus der Leninschen „Prawda“, der „Prawda Rossiji“, „Glasnost“, „Sowjetskaja Rossija“ und anderen Zeitungen, um diese Quellen interessierten Genossen zu erschließen. Wir wünschen diesem standhaften und treuen Kommunisten Glück und Gesundheit.

DKP-Nordost/„RotFuchs“-Redaktion

Herzlichen Glückwunsch unseren Geburtstagskindern **Bruni B., Edith, Ingrid, Vivian, Herbert, Roland und Werner**, deren volle Namen wir „aus Gründen des Datenschutzes“ unerwähnt lassen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt Andrá,
Eberhard Bock,
Wolfgang Clausner
Dr. Sigmar Ebbach,
Dr. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer,
Walter Florath,
Katrin Hellwig,
Werner Hoppe,
Prof. Dr. Ulrich Huar,
Prof. Dr. Eike Kopf,
Wolfgang Metzger,
Rainer Rupp,
Harry Schmitt,
Karl-Eduard v. Schnitzler,
Anatoli Shinin (SHAHAR)
Dr. Hartwig Strohschein,
Dr. Roland Ulbricht

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Wir stehen für Solidarität, Dialog, Gleichberechtigung und Aktionseinheit aller Linken

Wir koalieren und tolerieren, kunkeln und regieren nicht,
sondern setzen klare Akzente antikapitalistischer Opposition

Wir sind weder politisch noch ideologisch im Staate Daimlers
und der Deutschen Bank „angekommen“ und nehmen nicht an
dessen Rollenspiel teil

Wir spucken nicht auf vier Jahrzehnte Sozialismus und jene, die
ihn aufgebaut und geschützt haben

Wir entschuldigen uns nicht beim Klassenfeind und seiner SPD
dafür, daß wir auf der richtigen Seite der Barrikade gestanden
haben

Im 50. Jahr nach Gründung der DDR bekennen wir uns erhobenen
Hauptes zu dieser größten Errungenschaft in der Geschichte der
deutschen Arbeiterbewegung

Wir bleiben, was wir sind:

Klassenkämpfer
Revolutionäre
Internationalisten
Kommunisten

Gleichgesinnte! Kommt zu uns!

Eure DKP-Nordost

Der Henker Pinochet muß gerichtet werden!

